

Zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung 1974

Das Jahr 1974 im Überblick

Der folgende Beitrag gibt den im Rahmen der Arbeiten des Amtes seit Jahren üblichen ersten datenorientierten Rückblick auf den Verlauf des Jahres 1974. Eine ausführliche und endgültige Darstellung des Jahresverlaufs wird nach Vorliegen aller wichtigen Indikatoren zu einem späteren Zeitpunkt gegeben.

Zu den herausragenden Ereignissen des abgelaufenen Jahres zählt in Baden-Württemberg unter den sich im politischen Raum abspielenden Geschehnissen die Verabschiedung der Gemeindereformgesetze, die in ihrem wichtigsten Teil zum 1. Januar 1975 in Kraft getreten sind. Ob sich damit die baden-württembergische Gemeindereform, die im Jahre 1968 durch eine Phase freiwilliger Gemeindezusammenschlüsse eingeleitet worden war, nach einem langen Prozeß der Meinungsbildung und teilweise heftig geführten Kontroversen nunmehr ihrem Abschluß nähert, muß allerdings in Anbetracht der beim Staatsgerichtshof eingereichten Normenkontrollklagen dahingestellt bleiben.

Auf dem Gebiet der Bevölkerungsentwicklung haben sich 1974 zwei gegenläufige Tendenzen abgezeichnet, die voraussichtlich auch in näherer Zukunft bestimmend sein werden: Zum einen scheint der Rückgang der Fruchtbarkeit, der etwa Mitte der sechziger Jahre eingesetzt und seither zu einer stetigen Verminderung der Geburtenzahl geführt hatte, nunmehr zum Stillstand gekommen zu sein. Zum anderen dürften im Verlauf des Jahres per Saldo etwa 30 000 bis 40 000 Ausländer das Land verlassen haben, so daß erstmals seit Beendigung des zweiten Weltkriegs eine Verminderung der Bevölkerungszahl eingetreten ist.

Im Bildungssektor zeigte sich auch 1974 eine Überfüllung der Universitäten. Aus den Grund- und Hauptschulen des Landes gingen anteilmäßig etwa ebenso viele Schüler auf Realschulen und Gymnasien über wie im Vorjahr. Damit scheint der Aufwärtstrend, der im Zuge der Bildungsexpansion der sechziger Jahre die Übergänge auf weiterführende allgemeinbildende Schulen stetig ansteigen ließ, zum Stillstand gekommen zu sein. Im Bereich der beruflichen Bildung gab der Mangel an Lehrstellen weiterhin Anlaß zu Besorgnis; längst nicht alle Schulabgänger konnten in Lehrstellen des angestrebten Berufes vermittelt werden.

Beachtliche Fortschritte wurden 1974 auf dem Gebiet des Umweltschutzes erzielt. Von Seiten der Landesregierung wurde klar erkannt, daß die Sicherung und Verbesserung der natürlichen Lebensbedingungen eine Querschnittsaufgabe darstellt, die in nahezu alle politischen Teilbereiche zu integrieren ist. Mit der Einrichtung einer Zentralstelle für den Umweltschutz, dem Beschluß über die Errichtung eines Landesamtes für den Umweltschutz und der Vorlage des mittelfristigen Umweltprogramms für die Jahre 1974-1976, das eine Vielzahl konkreter und zeitlich terminierter Maßnahmen vorsieht, wurden wesentliche Fortschritte erzielt.

Die wirtschaftliche Entwicklung war 1974 durch eine deutliche konjunkturelle Abkühlung gekennzeichnet. Schwächetendenzen zeigte insbesondere die inländische Nachfrage, die von der insgesamt zögernden Investitionsentwicklung sowie von der voranschreitenden Anpassung zweier Schlüsselbereiche (Fahrzeugbau, Bauwirtschaft) an sich ändernde Marktgegebenheiten bestimmt wurde. Dem Rückgang des Nachfragevolumens paßte sich auch die Produktionstätigkeit an, so daß ein geringes gesamtwirtschaftliches Wachstum erzielt wurde. Allerdings beschleunigte sich auch der zu Jahresbeginn ver-

zeichnete Preisauftrieb entgegen allen Befürchtungen nicht weiter, obwohl mit den Rohstoffpreisen und Lohnstückkosten auch die Kosten der industriellen Erzeugung erheblich anstiegen.

Die von der gedämpften wirtschaftlichen Aktivität ausgehenden Ausstrahlungen auf den Arbeitsmarkt nahmen besonders in der zweiten Jahreshälfte schärfere Konturen an. Mit dem Rückgang des Beschäftigungsvolumens erreichten Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ein seit langen Jahren nicht mehr gekanntes Niveau. Der damit vollzogene grundlegende Wandel der Arbeitsmarktsituation dürfte weit bis in das Jahr 1975 hinein das Bild bestimmen.

Gemeindereformgesetze verabschiedet

Im Rahmen der im Jahre 1968 begonnenen Verwaltungsreform wurden in Baden-Württemberg im Verlauf der Jahre 28 Landkreise und rund 200 Landesbehörden aufgelöst, zahlreiche Zuständigkeiten von übergeordneten auf nachgeordnete Behörden übertragen, zwölf regionale Planungsverbände gegründet und vier Regierungsbezirke neu geordnet. Das Kernstück der Verwaltungsreform, die Neuordnung der kommunalen Verwaltungsstruktur, hatte die Bildung größerer örtlicher Selbstverwaltungseinheiten (Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften) zum Ziel. Diese sollten in der Lage sein, die erforderliche kommunale Grundausstattung bereitzustellen, den Verwaltungsablauf effizienter zu gestalten und die Voraussetzungen für eine wirksamere Planung und einen sinnvollen Einsatz von Investitionsmitteln zu schaffen.

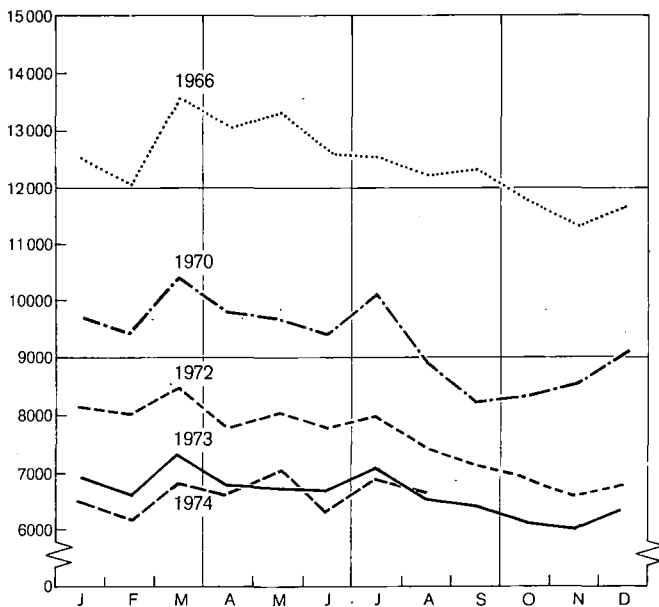
Mit den Mitte 1974 vom Landtag verabschiedeten Gemeindereformgesetzen schien sich auch die vor sechs Jahren durch eine Phase freiwilliger Zusammenschlüsse eingeleitete Gemeindereform ihrem Abschluß zu nähern. Nach den Landtagsbeschlüssen hätten im Jahre 1974 nochmals 986 Gemeinden ihre kommunale Selbständigkeit aufgeben und sich mit anderen Gemeinden zusammenschließen sollen. Die Mehrzahl der betroffenen Gemeinden vollzog die bevorstehende gesetzliche Regelung bereits vorweg. Vom Gesetz direkt betroffen waren schließlich noch 256 Gemeinden und Städte, von denen jedoch einige durch Normenkontrollklagen beim Staatsgerichtshof zunächst erreichten, daß der Vollzug der Gemeindereformgesetze durch einstweilige Anordnungen über den 1. Januar 1975 hinaus aufgeschoben wurde. Da endgültige Beschlüsse des Staatsgerichtshofs noch ausstehen, bleibt ungewiß, ob in Baden-Württemberg – wie vom Gesetzgeber vorgesehen – künftig 1107 Gemeinden bestehen werden.

Nachlassen des Geburtenrückgangs

Nach vorläufigen Schätzungen ist im abgelaufenen Jahr erstmals seit Beendigung des zweiten Weltkriegs eine Verminderung der Bevölkerung um rund 21 000 Personen oder 0,2% eingetreten, so daß am Jahresende ein Einwohnerstand von 9,218 Mill. zu verzeichnen war. Maßgeblich für diesen Bevölkerungsrückgang war die Tatsache, daß der geringe Geburtenüberschuß von schätzungsweise 9000 Personen bei weitem nicht ausreichte, den durch den negativen Wanderungssaldo bei Ausländern entstandenen Bevölkerungsverlust auszugleichen.

Daß Baden-Württemberg noch einen Geburtenüberschuß aufwies, ist allein dem ausländischen Bevölkerungsteil zuzu-

Geburten der deutschen Bevölkerung



290 74

schreiben, auf den knapp ein Viertel aller Geburten entfiel. Bei der deutschen Bevölkerung lag auch 1974 die Zahl der Neugeborenen unter der der Sterbefälle, woraus sich im ersten Halbjahr ein Defizit von rund 6600 Personen ergab. Der Geburtenrückgang der deutschen Bevölkerung, der etwa Mitte der sechziger Jahre eingesetzt und zu einer stetigen Verminderung der Zahl der Lebendgeborenen von 149 000 im Jahr 1966 auf 80 000 im Jahr 1973 geführt hatte, hat sich im Jahr 1974 nicht mehr verstärkt. Wie aus *Schaubild 1* hervorgeht, lagen die 1974 registrierten Geburtenzahlen kaum unter dem allerdings niedrigen Niveau des Vorjahres. Für das erste Halbjahr betrug die Abnahme rund 4%. Obwohl sich derzeit noch nicht voll abschätzen läßt, ob der Rückgang der Fruchtbarkeit damit bereits endgültig zum Stillstand gekommen ist, kann wohl davon ausgegangen werden, daß sich in Zukunft eventuelle weitere Geburtenrückgänge in engen Grenzen halten dürften.

Tabelle 1
Bevölkerungsbewegung

Vorgang	1971	1972	1973	1974 ¹⁾
Geburten	123 871	112 845	102 875	101 000
Sterbefälle	92 671	92 740	92 918	92 000
Geburtenüberschuß ..	31 200	20 105	9 957	9 000
Wanderungssaldo	70 307	78 933	75 267	-30 000
Bevölkerungszunahme	101 507	99 038	85 224	-21 000
Bevölkerungsbestand am Jahresende	9 055 114	9 154 152	9 239 376	9 218 000

¹⁾ Vorläufige Zahlen, teilweise geschätzt.

Da die Geburtendefizite in etwa durch Bevölkerungsgewinne aus der Zu- und Abwanderung von Deutschen ausgeglichen werden, wird die deutsche Bevölkerung in den kommenden Jahren weder in nennenswertem Umfang zu- noch abnehmen. Andererseits dürfte der weiterhin steigende Anteil an Ausländergeburten – derzeit knapp ein Viertel – bereits in wenigen Jahren erhebliche Integrationsprobleme aufwerfen, wobei sich die nächstliegenden Auswirkungen auf dem Gebiet der Vorschulerziehung und Schulausbildung in Form eines noch höheren Anteils ausländischer Kinder bemerkbar machen werden.

Rückgang der Ausländerzahl

Die Zahl der Ausländer, die seit November 1973 als Folge der konjunkturellen Abschwächung und des von der Bundesregierung verhängten Anwerbestopps für ausländische Arbeitskräfte zurückging, verminderte sich bis Mitte 1974 um rund 22 000 Personen. Der damit erreichte Ausländerbestand von 907 000 entspricht einem Bevölkerungsanteil von 9,8%. Bis Ende des Jahres 1974 dürften etwa 30 000 bis 40 000 und damit etwa drei bis vier Prozent weniger Ausländer in Baden-Württemberg leben als vor Jahresfrist. Die Abnahme entspricht annähernd dem Wanderungsverlust des Rezessionsjahres 1967 (58 000 Ausländer).

Die eingetretene Verminderung des Ausländerbestandes ist allerdings nur zu einem geringen Teil auf einen verstärkten Fortzug der in Baden-Württemberg ansässigen Ausländer zurückzuführen. Im ersten Halbjahr wanderten 84 000 und damit etwa ebenso viele Ausländer wie im Vorjahreszeitraum (- 3%) in ihre Heimatländer zurück. Maßgebliche Ursache für die Verringerung der Ausländerzahl war vielmehr der stark nachlassende Zustrom.

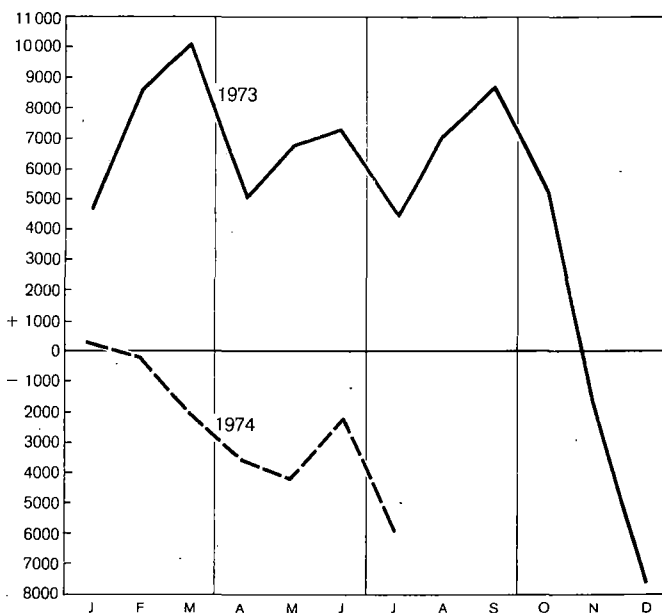
Weniger Grundschüler – überfüllte Hochschulen

Nach vorläufigen Berechnungen werden im Schuljahr 1974/75 an den Grundschulen des Landes rund 609 000 Kinder unterrichtet. Gegenüber dem Vorjahr verminderte sich damit die Schülerzahl um 2,2%, gleichzeitig ging die durchschnittliche Klassenstärke von 32,5 auf 31,4 Schüler je Klasse zurück. Für die kommenden Jahre kann aufgrund der zahlenmäßigen Besetzung der zur Einschulung anstehenden Jahrgänge damit gerechnet werden, daß sich im Grundschulbereich Schülerzahl und durchschnittliche Klassenstärke weiter vermindern. Die Hauptschulen wurden im Schuljahr 1974/75 bei einer durchschnittlichen Klassenstärke von 31,1 Schülern von rund 330 000 Kindern besucht. Nach jahrelangem Rückgang hat hier die Schülerzahl – maßgeblich bedingt durch den Zuwachs an ausländischen Schülern – wieder leicht zugenommen (+ 2,0%).

Nach den letzten verfügbaren Daten, die sich auf das Schuljahr 1973/74 beziehen, saßen in den Schulbänken der Grund- und Hauptschulen annähernd 60 000 Schüler ausländischer

Schaubild 2

Wanderungsgewinne beziehungsweise -verluste der ausländischen Bevölkerung



291 74

Herkunft, was einem Anteil von 6,3% entspricht. Diese Quote dürfte sich in den nächsten Jahren aufgrund der vergleichsweise höheren Fruchtbarkeit des ausländischen Bevölkerungsteils und weiterer Familiennachzüge ausländischer Arbeitskräfte weiter erhöhen. Die damit verbundenen Integrationsprobleme werden sich voraussichtlich besonders in den hochverdichteten Räumen des Mittleren Neckars und Rhein-Neckars mit ihrem bereits heute sehr hohen Anteil ausländischer Schüler verschärfen. So war beispielsweise schon 1973/74 an den Grund- und Hauptschulen der Kreise Böblingen, Göppingen sowie im Rems-Murr-Kreis jeder zwölfte, in den Kreisen Stuttgart, Esslingen, Ludwigsburg, Heilbronn und Pforzheim sogar jeder zehnte Schüler ausländischer Nationalität.

Nach wie vor großes Interesse besteht für den Besuch der weiterführenden Realschulen und Gymnasien. Die Zahl der Realschüler erhöhte sich im Schuljahr 1974/75 um 7,7% auf rund 190 000, die der Gymnasiasten um 5,6% auf 261 000. Gleichzeitig verringerte sich die durchschnittliche Klassenfrequenz geringfügig auf 31,9 (Realschulen) bzw. 29,0 (Gymnasien) Schüler je Klasse. Bei beiden Schularten stagnierten allerdings die Zugänge in den Eingangsklassen. Bezogen auf die vierte Klassenstufe wechselten wie im Vorjahr 24,2% aller Schüler auf Realschulen und 28,2% (Vorjahr 28,6%) auf Gymnasien über. Damit scheint der Aufwärtstrend, der in den sechziger Jahren im Zuge der Bildungsexpansion die Gesamtübergangsquote für beide Schularten bis zum Schuljahr 1972/73 auf 54,6% ansteigen ließ, zum Stillstand gekommen zu sein: Die Ergebnisse der letzten zwei Jahre lassen mittelfristig eine Konsolidierung des Übergangsverhaltens auf dem derzeitigen hohen Niveau erwarten. Der Anteil der Ausländerkinder, die nur zu geringen Anteilen auf weiterführende Schulen übergehen (8,0% auf Realschulen, 8,3% auf Gymnasien) stieg etwas an.

Im Bereich der beruflichen Ausbildung bot vor allem der Lehrstellenmangel Probleme. Das bei den Arbeitsämtern gemeldete Angebot an Ausbildungsstellen, das von 1971 bis 1973 um rund 37% auf 51 800 zurückgegangen war, hat sich jedoch in jüngster Zeit wieder leicht erhöht. Im Zeitraum von Oktober 1973 bis Juli 1974 war eine Zunahme von 5,9% festzustellen, während im Bundesgebiet der Rückgang weiter anhielt (-8,2%). Dennoch konnten nicht alle Schulabsolventen in Lehrstellen des angestrebten Berufes vermittelt werden und mußten deshalb ihr Berufsziel revidieren. Vor allem bei den besonders fragten kaufmännischen Berufen sowie im Metall- und Elektrobereich traten Engpässe auf. Die Landesregierung beschloß ein Sofortprogramm zur Förderung der betrieblichen Berufsausbildung, das als eine der wichtigsten Maßnahmen die verstärkte Schaffung einjähriger Berufsfachschulen vorsieht. Diese Vollzeitschulen sind als Alternative zum unmittelbaren Eintritt in das Berufsleben gedacht und sollen vor allem die kleinen und mittleren Betriebe davon entlasten, die im ersten Ausbildungsjahr geforderte breite Grundausbildung zu vermitteln.

Die Zahl der Abiturienten erhöhte sich 1974 nochmals beträchtlich (+ 10,1%) auf rund 20 300, so daß die Abiturientenquote von 14,5% auf 15,4% der entsprechenden Geburtsjahrgänge anstieg. Allerdings ist die Neigung, ein Hochschulstudium aufzunehmen, deutlich geringer geworden. Von den Schulabgängern der 12. und 13. Klassenstufe des Jahrganges 1974 hatten nur 77% (Vorjahr: 85%) die feste Absicht, zu

Tabelle 3
Studierende an Wissenschaftlichen Hochschulen

Universität	Wintersemester		Zu- bzw. Abnahme in %
	1974/75 ¹⁾	1973/74	
Freiburg	16 628	15 562	6,9
Heidelberg	17 465	16 730	4,4
Hohenheim	2 194	2 079	5,5
Karlsruhe	11 025	10 818	1,9
Konstanz	2 341	1 897	23,4
Mannheim	6 356	6 373	-0,3
Stuttgart	10 749	10 105	6,4
Tübingen	16 416	15 463	6,2
Ulm	1 167	987	18,2
Zusammen	84 341	80 014	5,4

¹⁾ Vorläufige Zahlen.

studieren. Von der Gruppe der Studierwilligen wollten allerdings unverändert 66% ein Hochschulstudium aufnehmen, während der Anteil der Studierwilligen, die ein Studium an einer Pädagogischen Hochschule anstrebten, von 19% auf 17% zurückging.

An den neun Universitäten des Landes waren im Wintersemester 1974/75 rund 84 300 ordentliche Studierende eingeschrieben, was eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 5,4% bedeutet. Obwohl damit der Zustrom etwas hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückblieb, ist die Belastung in den einzelnen Fachbereichen weiter angestiegen. Für 22 Studiengänge bestanden Zulassungsbeschränkungen, für 10 von ihnen sogar an allen Hochschulen des Landes. Auch an den zehn Pädagogischen Hochschulen, an denen im Wintersemester 1974/75 23 500 Studenten immatrikuliert waren, wird die rasch wachsende Zahl an Studienanfängern voraussichtlich zum Wintersemester 1975/76 durch Einführung des Numerus clausus begrenzt werden müssen. Die Gründe dieser geplanten Maßnahme liegen einerseits in dem starken Geburtenrückgang, der sich zukünftig in rückläufigen Schülerzahlen auswirken wird, andererseits in der finanziellen Situation des Landes, die eine weitere starke Vermehrung der Lehrstellen nicht erlaubt.

Beachtliche Fortschritte beim Umweltschutz

Umweltschutz und Umweltpolitik sind auch im abgelaufenen Jahr zentrale Themen der öffentlichen Diskussion geblieben. Nahezu alle Stufen der öffentlichen Verwaltung haben die Sicherung und Verbesserung der natürlichen Lebensbedingungen als eine zusätzliche Hauptaufgabe begriffen und im Rahmen allgemeiner Verwaltungsverfahren durch sogenannte Umweltverträglichkeitsprüfungen in die Tat umgesetzt.

Vor allem aber wurde von der Landesregierung, die der Umweltpolitik hohe Priorität einräumt, klar erkannt, daß zur Bewahrung oder Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts punktuelle Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen der Schadensverhütung und Schadensbeseitigung nicht ausreichen. Umweltschutz wird von seiten der Landesregierung vielmehr als Querschnittsaufgabe angesehen, die – ausgerichtet an einer ökologischen Gesamtschau – in nahezu alle politischen Teilbereiche zu integrieren ist. Insbesondere in den stärker umweltrelevanten Bereichen wie beispielsweise Landesplanung, Industrieansiedlung, Energieversorgung, Verkehrsplanung und Landwirtschaft sowie in Technik und Wissenschaft muß dementsprechend eine vorausschauende Koordinierung und Planung aller Vorhaben unter dem Maßstab des Umweltschutzes einsetzen.¹ Mit der Anfang 1974 erfolgten Vorlage ihres mittelfristigen Umweltprogramms für die Jahre 1974–1976, der Einrichtung einer Zentralstelle für den Umweltschutz im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt und dem Beschluß über die Errichtung eines Lan-

¹ Vgl. hierzu „Umweltschutz in Baden-Württemberg“ (Mittelfristiges Programm der Landesregierung für die Jahre 1974–1976), hrsg. vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt, S. 11 ff.

Tabelle 2
Übergangsquoten nach sozialen Schichten

Schuljahr	Realschulen				Gymnasien			
	Akademiker	Angestellte und Beamte	Arbeiter	Landwirte	Akademiker	Angestellte und Beamte	Arbeiter	Landwirte
1972/73 ..	7,0	27,1	24,5	27,2	85,3	43,9	14,6	13,1
1973/74 ..	9,2	27,4	23,6	25,5	80,7	40,3	13,2	11,9
1974/75 ..	9,0	27,4	23,7	24,6	80,3	40,4	12,7	11,1

Tabelle 4
Mittelfristiges Umweltprogramm der Landesregierung
für die Jahre 1974 bis 1976

Maßnahmen ¹⁾	Unmittelbarer finanzieller Aufwand 1000 DM
Schutz der Luft	7 295
darunter Ausbau des vollautomatischen Netzes zur Immissionsmessung	5 820
Schutz des Wassers	402 331
darunter Ausbau der Ortskanalisation, Neu- und Ausbau von Kläranlagen und von Anlagen zur Regenwasserbehandlung	380 000
Schutz des Bodens und der Kulturpflanzen	2 864
darunter Schutzpflanzungen gegen Bodenabtragung an gefährdeten Stellen	1 649
Schutz der Lebensmittel	12 737
darunter Ausbau der Lebensmittelüberwachung	11 699
Naturschutz und Landschaftspflege	15 615
darunter Kauf naturschutzwichtiger Grundstücke	11 274
Landschaftspflegerische Maßnahmen	3 532
Abfallbeseitigung	6 600
Schutz vor Lärm	2 255
Strahlenschutz	280
Erholungsmaßnahmen	21 635
darunter Ausbau von Erholungseinrichtungen im und am Wald	20 660
Umweltschutz durch Raumordnung	1 516
Umweltschutz an Hochschulen und Schulen	970
Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit	2 728
Umweltstatistiken	1 650
Maßnahmen insgesamt	478 476

¹⁾ Untergliederung nur auszugsweise und in Stichworten.

desamtes für den Umweltschutz hat die Landesregierung begonnen, diese Grundsätze in die Tat umzusetzen.

Darüber hinaus enthält das beschlossene mittelfristige Umweltprogramm eine Vielzahl ganz konkreter und größtenteils auch zeitlich terminierter Maßnahmen, für die in den Staatshaushaltsplan 1974 und in die Mittelfristige Finanzplanung 1975 bis 1976 entsprechende Mittel eingesetzt wurden. Begrenzt durch die finanziellen Möglichkeiten des Landes, beläuft sich der unmittelbare Gesamtaufwand der vorgesehenen Maßnahmen auf rund 478,5 Mill. DM, wobei der Schwerpunkt eindeutig auf der Reinhaltung des Wassers liegt, für die allein 402,3 Mill. DM vorgesehen sind.

Nicht unerwähnt bleiben darf eine gesetzgeberische Maßnahme von nicht zu unterschätzender Bedeutung, die gleichfalls dem Gedanken des Umweltschutzes verpflichtet ist. Der Ministerrat hat im abgelaufenen Jahr den Entwurf für ein Landesnaturschutzgesetz verabschiedet. Wesentliche Elemente dieser neuen Regelung sind einerseits die Belange von Landschaftsplanung und Landschaftspflege, denen beispielsweise durch ein Bauverbot entlang der wichtigsten Gewässer Rechnung getragen wird. Zum anderen wird die Sozialpflichtigkeit des Eigentums konkretisiert, indem – innerhalb gewisser Grenzen – der freie Zugang zu landschaftlichen Erholungsschwerpunkten gestattet und ein Betretungsrecht der freien Landschaft statuiert wird.

Mit dem 1974 verabschiedeten Bundesgesetz über Umweltstatistiken wurde erstmals eine Grundlage für die regelmäßige Erhebung ökologischer und wirtschaftlicher Daten einzelner Umweltbelastungen und ihrer Folgen geschaffen. Beginnend mit dem Jahre 1975 werden insgesamt zehn Statistiken unterschiedlicher Periodizität mit den folgenden Schwerpunkten erhoben:

- öffentliche Abfallbeseitigung und Abfallbeseitigung in Bereichen der Wirtschaft,
- öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Wirtschaft,
- Unfälle bei Transport und Lagerung wassergefährdender Stoffe,
- Abfall- und Abwasserbeseitigung in der Viehhaltung,
- Umwelterhaltende Investitionen im Produzierenden Gewerbe und in der Viehhaltung.

Deutliche Konjunkturabschwächung

Die wirtschaftliche Ausgangslage stand zu Beginn des Jahres 1974 ganz im Zeichen der konjunkturellen Abkühlung, die sich seit Mitte 1973 immer stärker abzeichnete und zum Jahreswechsel durch die politisch ausgelöste Verringerung und Verteuerung der Öllieferungen noch verstärkt wurde. Dabei konzentrierten sich die Schwächetendenzen vor allem auf den Fahrzeugbau und die Bauwirtschaft sowie auf einige strukturschwache Zweige der Verbrauchsgüterindustrien.

Besonders deutlich spiegelte sich die konjunkturelle Abflachung auf dem Arbeitsmarkt wider, wo die Nachfrage nach Arbeitskräften beträchtlich nachließ und die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in der zweiten Jahreshälfte ständig anstieg. Hingegen beschleunigte sich der zu Jahresbeginn verzeichnete Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe entgegen allen Befürchtungen nicht weiter.

Insgesamt führte die nachlassende konjunkturelle Dynamik nur noch zu einem geringen gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Nach vorläufigen Schätzungen wird für das Bundesgebiet mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von etwa 0,6% gerechnet. Das wirtschaftliche Wachstum in Baden-Württemberg, das sich im Vorjahr noch auf 5% belief, dürfte vom Bundesergebnis nicht allzu sehr abweichen.

Anhaltende Abkühlung des Arbeitsmarktes

Die deutliche Abkühlung des Arbeitsmarktes, die sich bereits im Herbst 1973 abzeichnete, hielt im Jahre 1974 unvermindert an. Im Zeichen der gedämpften wirtschaftlichen Aktivität und der ausgeprägten Schwächetendenzen zweier Schlüsselbereiche (Baugewerbe, Fahrzeugbau) und verschiedener Konsumgüterindustrien blieb die erwartete Frühjahrsbelebung des Arbeitsmarktes aus. Im weiteren Verlauf des Jahres machte sich dann die Anpassung der Produktion an das rückläufige Volumen der Auftragseingänge bemerkbar, die Nachfrage nach Arbeitskräften ließ weiter nach. Wie stark der Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft zurückging, signalisierte der Bestand an offenen Stellen, der im Durchschnitt der ersten zehn Monate mit rund 55 000 annähernd die Hälfte unter dem Vorjahreszeitraum und damit in etwa auf dem Niveau des Rezessionsjahres 1967 lag.

Noch stärker zeigten sich die Schwächetendenzen des Arbeitsmarktes bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die zur Jahresmitte mit immerhin rund 37 300 Arbeitslosen den tiefsten Stand des Jahres erreichte, bis Oktober aber wieder auf 71 100 beschäftigungslose Personen anstieg. Als Durchschnitt der ersten zehn Monate errechnet sich eine Arbeitslosenziffer von rund 46 900 und damit ein seit langen Jahren nicht mehr gekanntes Niveau der Arbeitslosigkeit, das beispielsweise annähernd dreifach so hoch wie in der Vorjahresfrist und sogar doppelt so hoch wie im Rezessionsjahr 1967 lag. Auch die Arbeitslosenquote, die sich für die Monate Januar bis Oktober auf durchschnittlich 1,3% belief, nahm gegenüber dem Vor-

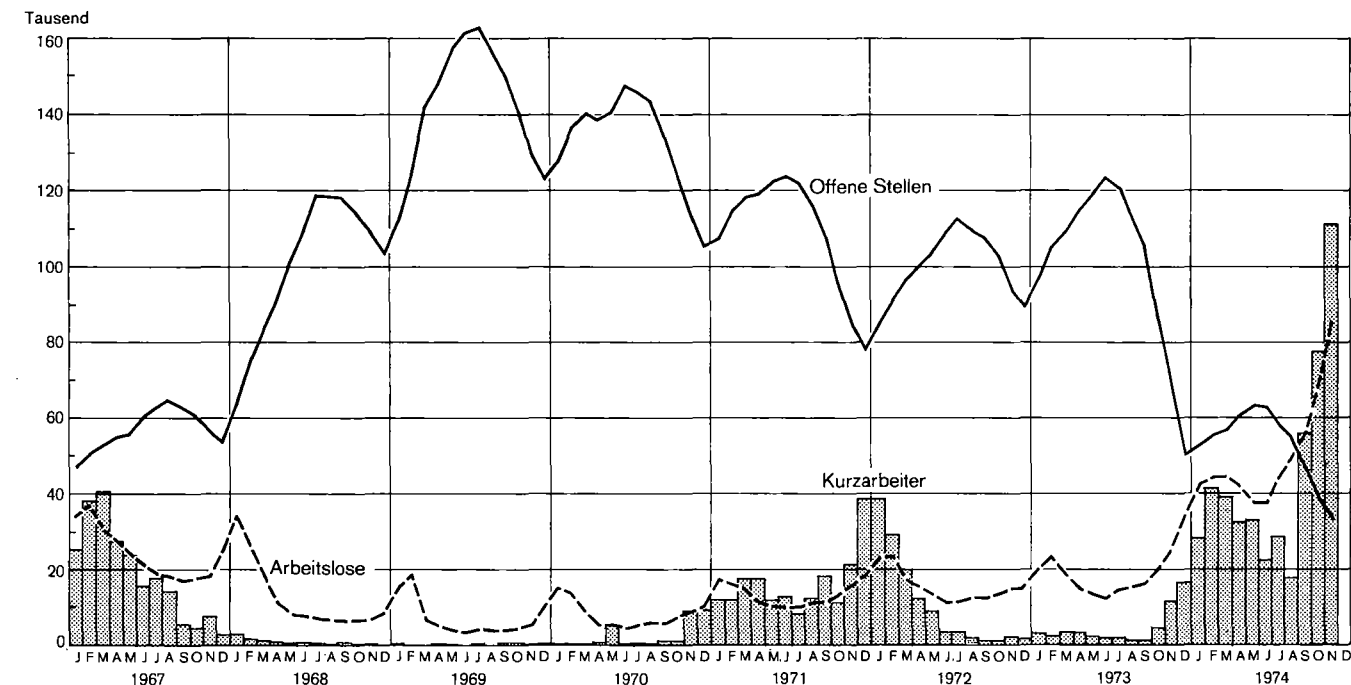
Tabelle 5
Entwicklung der Arbeitsmarktlage

Jahr	Offene Stellen		Arbeitslose		Kurz- arbeiter
	insges.	je Arbeits- losen	insges.	% der Beschäf- tigten ²⁾	
1965	120 949	25,1	4 818	0,2	21
1966	94 792	14,6	6 509	0,2	1 975
1967	56 769	2,3	24 176	0,7	18 700
1968	98 486	7,5	13 110	0,4	745
1969	141 538	19,6	7 222	0,2	55
1970	133 970	16,6	8 051	0,2	2 289
1971	110 181	8,4	13 069	0,4	16 271
1972	99 526	6,4	15 630	0,5	10 680
1973	102 956	5,6	18 303	0,5	4 705
1974 ¹⁾	52 956	1,1	50 399	1,4	44 243

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

¹⁾ Januar bis November. – ²⁾ Arbeitslosenquote.

Entwicklung des Arbeitsmarktes



Quelle: Landesarbeitsamt Baden - Württemberg

29274

jahreszeitraum (0,5%) erheblich zu, lag jedoch in Baden-Württemberg noch weit unter dem Bundesdurchschnitt von 2,5%. In der zweiten Jahreshälfte zeigten sich Angleichungstendenzen. Welch grundlegender Wandel der Arbeitsmarktsituation sich damit auch in Baden-Württemberg vollzog, wird deutlich, wenn den Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen gegenübergestellt wird. Während 1972 und 1973 noch jeweils rund sechs unbesetzte Arbeitsplätze je Arbeitslosen entfielen, verminderte sich diese Relation in den ersten zehn Monaten des Jahres 1974 auf 1,2 zu 1 und lag damit weit unter dem Wert des Rezessionsjahres 1967 (2,3 offene Stellen je Arbeitslosen).

Noch sprunghafter als die Arbeitslosigkeit entwickelte sich die Kurzarbeit. Die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer betrug im November 111 200, im Durchschnitt der ersten zehn Monate 37 600 und verzweifelte sich damit gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte der Kurzarbeit lagen vor allem im Straßenfahrzeugbau (17,2%), im Bereich Elektrotechnik (15,1%) Maschinenbau (13,6%) sowie im Textilgewerbe (9,5%).

Von der Arbeitslosigkeit wurden die ausländischen Arbeitnehmer, die mit rund 11 200 einen Anteil von 24,0% an den Arbeitslosen stellten, besonders betroffen. Wohl nicht zuletzt

als Folge des von der Bundesregierung erlassenen Anwerbestopps für ausländische Arbeitskräfte entschlossen sich stellenlose Gastarbeiter anders als in der Rezessionsphase 1966/67 teilweise nicht zur Rückwanderung in ihre Heimatländer, so daß erstmals eine größere Anzahl arbeitsloser Ausländer zu verzeichnen war. Relativ stark von Arbeitslosigkeit betroffen waren auch die weiblichen Arbeitskräfte, die eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 1,7% erreichten gegenüber 1,1% auf dem Teilarbeitsmarkt für Männer.

Besonders gegen Jahresende, als zu den konjunkturellen und strukturellen Gründen für den Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften noch saisonbedingte Momente hinzukamen, gab die Beschäftigungslage Anlaß zur Besorgnis. In Baden-Württemberg wurden im November rund 85 700 Arbeitslose bzw. eine Arbeitslosenquote von 2,4% registriert. Die Landesregierung hält aus dem Eventualhaushalt zu finanzierende Investitionsprogramme bereit, um einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Ob in den nächsten Monaten – abgesehen von der zu erwartenden Frühjahrsbelebung – eine nachhaltige Tendenzwende der Arbeitsmarktsituation eintritt, erscheint fraglich. Zum einen sind für die kommenden Monate bislang keine Anzeichen einer deutlichen konjunkturellen Belebung zu erkennen. Zum an-

Tabelle 6
Indikatoren des Arbeitsmarktes 1974

Nachweis	Einheit	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	Oktober	November
Offene Stellen	Anzahl	54 968	62 401	53 042	38 172	33 114
	Veränderung gegen Vorjahr in %	- 47,2	- 47,7	- 53,1	- 56,0	- 52,3
Arbeitslose	Anzahl	43 735	39 278	49 522	71 082	85 708
	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 110,5	+ 191,9	+ 220,0	+ 244,4	+ 245,1
Kurzarbeiter	Anzahl	36 196	29 260	33 961	77 248	111 170
	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1062,4	+ 873,1	+ 1841,7	+ 1555,6	+ 842,1

Tabelle 7
Entwicklung der Industrie 1974

Industriezweig	Januar bis Oktober ¹⁾												
	Beschäftigte		Arbeitsstunden		Auftragseingang (1970 = 100)		Produktion (1962 = 100)	Umsatz			Exportquote ²⁾		Erzeugerpreise (1970 = 100)
	insgesamt MD	Veränderung 1974/73	insgesamt	Veränderung 1974/73	Veränderung 1974/73 in jewei- ligen Preisen		Veränderung 1974/73	insgesamt	Veränderung 1974/73 in jewei- ligen Preisen		1974	1973	Veränderung 1974/73
	1000	%	Mill. Std.	%				Mill. DM	%				
Industrie insgesamt	1 549,9	- 1,6	1 615,5	- 5,0	+ 2,5	- 10,5	+ 0,1	103 089,6	+ 10,1	- 3,9	24,5	22,0	+ 14,5
Inland	-	-	-	-	- 2,4	- 14,0	-	77 782,0	+ 6,5	- 6,2	-	-	+ 13,5
Ausland	-	-	-	-	+ 16,5	- 0,5	-	25 305,7 ³⁾	+ 22,9	+ 4,8	-	-	+ 17,2
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ..	197,4	- 2,9	211,7	- 7,4	+ 8,6	-	- 3,1	19 591,7	+ 15,6	-	16,1	13,4	-
Inland	-	-	-	-	+ 5,3	- 15,7	-	18 443,6	+ 12,1	- 10,2	-	-	+ 24,8
Ausland	-	-	-	-	+ 26,2	-	-	3 148,2	+ 38,4	-	-	-	-
Investitionsgüterindustrien	906,9	+ 0,6	925,6	- 2,8	- 0,1	-	+ 3,1	52 620,5	+ 9,1	-	35,4	31,9	-
Inland	-	-	-	-	- 8,6	- 16,2	-	34 007,5	+ 3,5	- 5,2	-	-	+ 9,2
Ausland	-	-	-	-	+ 16,6	-	-	18 613,0	+ 20,9	-	-	-	-
darunter													
Maschinenbau	277,1	+ 1,7	278,8	- 1,7	- 1,5	- 10,3	+ 7,8	15 376,5	+ 12,3	+ 2,1	45,8	41,3	+ 9,9
Inland	-	-	-	-	- 9,9	- 17,9	-	8 341,6	+ 3,8	- 5,4	-	-	+ 9,7
Ausland	-	-	-	-	+ 9,2	-	-	7 034,9	+ 24,3	-	-	-	-
Fahrzeugbau	159,4	- 0,2	186,1	- 2,9	- 2,7	- 10,1	- 3,1	11 728,6	+ 4,7	- 3,2	42,9	39,2	+ 8,3
Inland	-	-	-	-	- 24,5	- 30,3	-	6 694,0	- 1,8	- 9,5	-	-	+ 8,7
Ausland	-	-	-	-	+ 27,6	-	-	5 034,6	+ 14,7	-	-	-	-
Elektrotechn.													
Industrie	245,3	+ 1,3	241,1	- 1,6	+ 1,5	- 5,5	+ 3,7	14 498,4	+ 9,5	+ 1,9	25,6	22,9	+ 7,4
Inland	-	-	-	-	- 2,3	- 9,0	-	10 791,1	+ 5,8	- 1,5	-	-	+ 7,4
Ausland	-	-	-	-	+ 13,3	-	-	3 707,3	+ 22,1	-	-	-	-
Verbrauchsgüterindustrien	385,7	- 5,6	414,3	- 8,5	+ 4,2	-	- 4,8	22 044,4	+ 8,0	-	14,3	13,1	-
Inland	-	-	-	-	+ 3,6	- 7,2	-	18 895,3	+ 6,6	- 4,6	-	-	+ 11,7
Ausland	-	-	-	-	+ 7,8	-	-	3 149,1	+ 17,4	-	-	-	-
darunter													
Textilindustrie	126,1	- 9,0	134,7	- 11,6	- 0,6	- 9,6	- 8,3	7 043,7	+ 6,4	- 3,3	15,8	14,7	+ 10,0
Inland	-	-	-	-	- 0,1	- 9,4	-	5 930,6	+ 5,0	- 4,7	-	-	+ 10,2
Ausland	-	-	-	-	- 3,2	-	-	1 113,1	+ 14,1	-	-	-	-
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	58,8	- 2,3	62,6	- 4,6	-	-	+ 1,1	8 714,2	+ 9,7	-	4,5	3,0	-
Inland	-	-	-	-	-	-	-	8 318,6	+ 8,0	+ 2,4	-	-	+ 5,5
Ausland	-	-	-	-	-	-	-	395,6	+ 65,7	-	-	-	-

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse. - ²⁾ Auslandsumsatz in Prozent des Gesamtumsatzes. - ³⁾ Ohne Bergbau.

deren sind die strukturellen Anpassungsprozesse, die in verschiedenen Wirtschaftsbereichen im Gange sind, noch längst nicht abgeschlossen, so daß auch aus diesem Grunde eine Verfestigung des Beschäftigungsmangels, wenn nicht sogar eine weitere Verschlechterung der Beschäftigungslage, erwartet werden muß.

Industrieentwicklung im Zeichen rückläufiger Nachfrage

Die in Kreisen der Wirtschaft zu Beginn des Jahres 1974 verbreiteten pessimistischen Erwartungen, die auf den deutlichen Konjunktüreinbruch und die politisch ausgelöste Verringerung der Öllieferungen zurückgingen, wurden durch die industrielle Entwicklung des abgelaufenen Jahres nur zum Teil bestätigt. Die zum Jahresbeginn sehr gedämpfte Nachfrage nach industriellen Produkten schwächte sich zwar im Verlauf des Jahres nicht weiter ab, doch blieb eine spürbare Belebung gleichfalls aus. Die von Januar bis Oktober verbuchten Auftragseingänge erreichten wertmäßig in etwa den Vorjahresstand (+ 2,5%). Da diese annähernd wertmäßige Konstanz jedoch nicht ausreichte die innerhalb Jahresfrist eingetretenen Preissteigerungen zu kompensieren, blieb das reale Auftragsvolumen um 10,5% unter dem Vorjahresniveau. Relativ schwach entwickelte sich in den ersten zehn Monaten vor allem der Wert der Order-eingänge aus dem Inland (- 2,4%). Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen kommt dies einer Verminderung des Bestellvolumens um 14,0% gleich. Demgegenüber übertrafen die Bestellungen aus dem Ausland die Vorjahreswerte nominal um

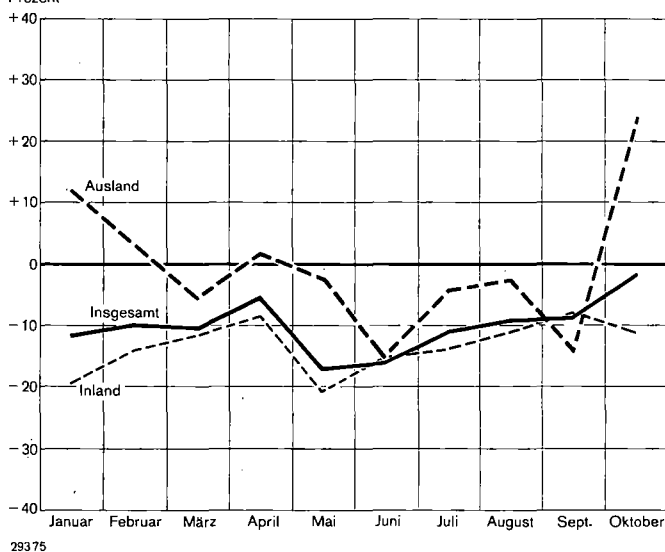
16,5%, so daß das Vorjahresvolumen preisbereinigt noch knapp erreicht wurde.

Die industrielle Produktion paßte sich dem Rückgang des Nachfragevolumens nur sehr zögernd an, bis einschließlich Mai lag das Produktionsniveau aufgrund des Polsters an Auftragsbeständen noch leicht über dem Vorjahresniveau. Der danach einsetzende Rückgang der Produktionstätigkeit unter die Vorjahresergebnisse verlief sehr gemäßigt, so daß die Industrieproduktion im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober insgesamt noch knapp (+ 0,1%) den hohen Stand des Vorjahres übertraf. Am deutlichsten ausgeprägt war das Nachlassen der Produktionstätigkeit im Bereich der Verbrauchsgüterindustrien (- 4,8%), wobei die Schwerpunkte bei der Textil- und Bekleidungsindustrie (- 8,3% bzw. - 3,8%) sowie bei der Ledererzeugung (- 13,9%), Lederverarbeitung (- 9,9%) und Schuhherstellung (- 10,1%) lagen. Einen leichten Produktionsrückgang (- 3,1%) bei allerdings sehr differenzierter Entwicklung der einzelnen Industriegruppen verzeichneten auch die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Demgegenüber vermochten die Investitionsgüterindustrien, die über ein überdurchschnittliches Auftragspolster verfügten, trotz der volumenmäßig beträchtlich verminderten Bestelleingänge (- 8,4%) noch eine Produktionszuwachsrate von 3,1% zu erzielen. Maßgeblichen Anteil an dieser Produktionssteigerung hatten drei in Baden-Württemberg bedeutsame Industriegruppen (Maschinenbau + 7,8%, Elektrotechnik + 3,7%, Feinmechanik und Optik + 9,8%) sowie die Tatsache, daß der Fahrzeugbau entgegen der Bundesentwicklung hierzulande nur zu leichten Produktionseinschränkungen gezwungen war (- 3,1%).

Schaubild 4

Auftragseingänge der Industrie 1974

Veränderung gegenüber dem Vorjahr
unter Ausschaltung der Preissteigerungen
Prozent



29375

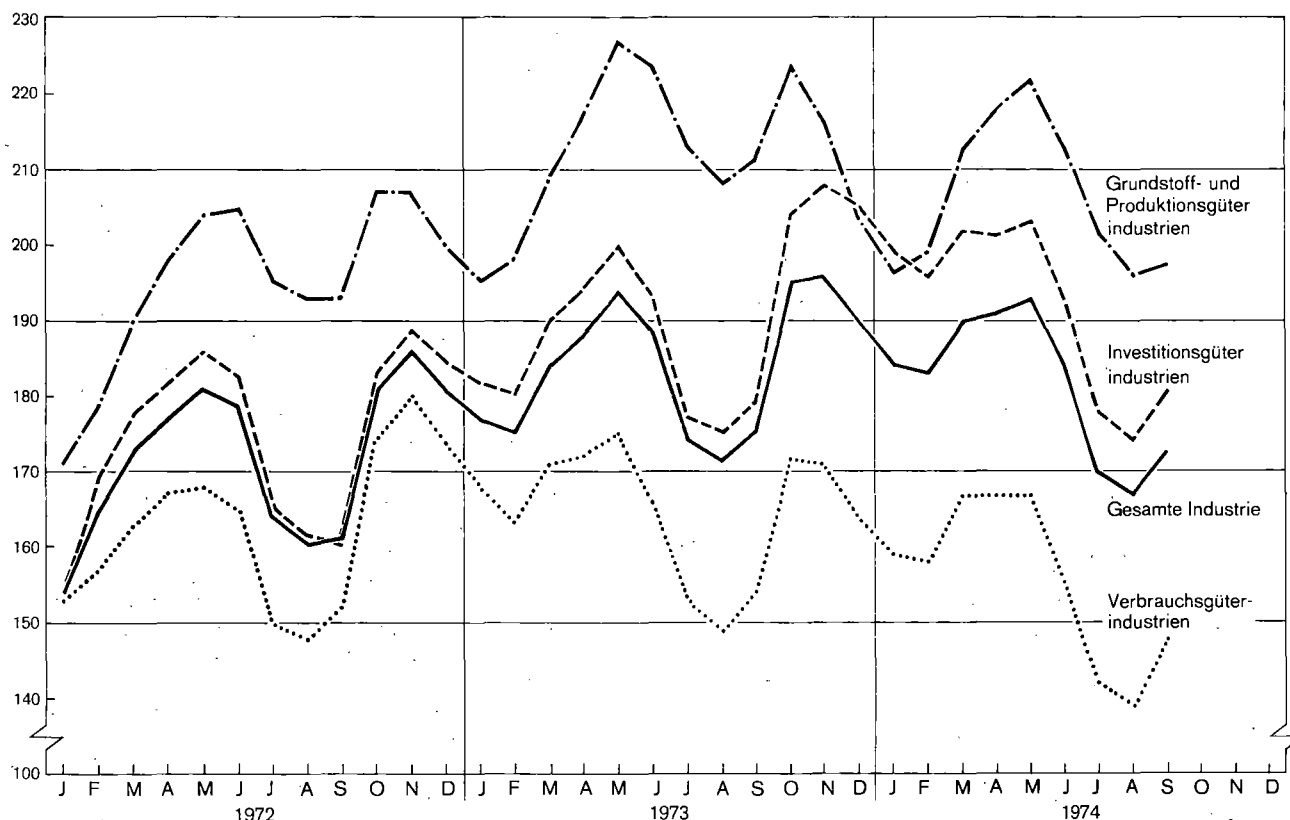
Die industriellen Gesamtumsätze stiegen im Zeitraum Januar bis Oktober von 93,6 Mrd. DM im Jahr 1973 auf 103,1 Mrd. DM im Jahr 1974, was eine Zuwachsrate von 10,1% bedeutet. Wird zu dieser nominalen Zunahme der in diesem Zeitraum erfolgte Anstieg der industriellen Erzeugerpreise in Beziehung gesetzt, ergibt sich jedoch ein realer Umsatzrückgang von

3,9% gegenüber einer Zunahme um 5,4% im Vorjahr. Besonders das Inlandsgeschäft flachte stark ab, die zu verzeichnende nominale Zuwachsrate von 6,5% entspricht preisbereinigt einem Rückgang um 6,2% unter das Vorjahresvolumen. Daß dennoch schärfere Produktions- und Beschäftigungseinbrüche vermieden werden konnten, ist auf die lebhaftere Entwicklung des Auslandsumsatzes zurückzuführen, der wertmäßig um 22,9% und unter Ausschaltung der Preissteigerungen um 4,8% anstieg. Daraus resultierte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Anstieg der Exportquote von 22,0% auf 24,5%.

Inwieweit im Berichtszeitraum von Januar bis Oktober die industriellen Hauptbereiche ihren Exportanteil erhöhten, geht aus *Tabelle 7* hervor. Danach haben vor allem die noch weniger exportintensiven Grundstoff- und Produktionsgüter- (+ 38,4%) und Nahrungs- und Genußmittelindustrien (+ 65,7%) ihr Auslandsgeschäft nominal kräftig erweitert. Ebenso bedeutsam ist jedoch, daß es auch einigen strukturell schwachen Industrien des Verbrauchsgüterbereiches wie beispielsweise der Textil-, Bekleidungs- sowie der Holzverarbeitenden Industrie gelungen ist, den stagnierenden Inlandsatz durch Ausweichen auf Auslandsmärkte teilweise auszugleichen. Demgegenüber muß der erneute Anstieg des Ausfuhrumsatzes im Bereich der Investitionsgüterindustrien (+ 20,9%) wohl etwas zurückhaltender beurteilt werden, haben doch im Verlauf der Jahre einige in Baden-Württemberg stark vertretene Industriezweige so hohe Exportquoten erreicht (Maschinenbau 45,8%, Straßenfahrzeugbau 42,9%, Feinmechanik und Optik 40,4%, Elektrotechnik 25,6%), daß diese Industrien nunmehr in starkem Maße von währungspolitischen Ereignissen und den Geschehnissen auf den Auslandsmärkten abhängig sind. Im Gegensatz zur Entwicklung im Vorjahr nahm die Zahl der Industriebeschäftigten im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober leicht (- 1,6%) auf rund 1,55 Mill. Personen ab,

Schaubild 5

Industrielle Produktion (gleitender 3-Monatsdurchschnitt)
1962 = 100



375

Tabelle 8
Entwicklung der Exportintensität seit 1960

Jahr	Ausfuhr		Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen)		Anteil der Ausfuhr am Bruttoin- landsprodukt	Industrie				
						Gesamtumsatz		Auslandsumsatz		Exportquote
	Mrd. DM	1960 = 100	Mrd. DM	1960 = 100		Mrd. DM	1960 = 100	Mrd. DM	1960 = 100	
1960	7 459,3	100	42 707	100	17,5	41 413,4	100	6 245,2	100	15,1
1965	12 190,0	163	69 209	162	17,6	61 865,3	149	9 733,1	156	15,7
1970	22 640,6	304	103 693 ¹⁾	243 ¹⁾	21,8	89 136,5	215	17 954,3	287	20,1
1971	23 674,6	317	115 498 ¹⁾	270 ¹⁾	20,5	94 947,1	229	18 845,1	302	19,8
1972	26 535,4	356	127 022 ¹⁾	297 ¹⁾	20,9	102 047,4	246	21 173,4	339	20,7
1973	30 802,9	413	140 744 ²⁾	330 ²⁾	21,9	113 652,4	274	25 195,8	403	22,2
I.-III. Quartal 1973	22 293,0	299	-	-	-	82 981,9	200	18 255,9	292	22,0
I.-III. Quartal 1974	27 272,7	366	-	-	-	91 447,4	221	22 451,9	360	24,6

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. - ²⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis.

da die Beschäftigungsexpansion der Investitionsgüterindustrien (+ 0,6%) die Rückgänge der Grundstoff- und Produktionsgüter- und der Verbrauchsgüterindustrien (- 2,9 bzw. - 5,6%) nicht zu kompensieren vermochte. Ein weiterer Beschäftigungsrückgang vollzog sich durch Abbau von Überstunden und Übergang zu Kurzarbeit, die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden sank insgesamt um 5,0%, in den Verbrauchsgüterindustrien sogar noch wesentlich stärker (- 8,5%).

Die Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme zeigte im Jahr 1974 erneut einen starken Aufwärtstrend. Sie nahm in den ersten zehn Monaten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 11,1% auf 28,0 Mrd. DM zu. Infolge des Beschäftigtenrückgangs war der Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten mit 12,9% sogar noch etwas höher, wobei die Zuwachsraten der industriellen Hauptbereiche nur wenig vom Industriedurchschnitt abwichen.

Auch im Spätherbst war die wirtschaftliche Lage der Industrie durch deutliche Anzeichen der konjunkturellen Abschwächung und eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage der Unternehmen gekennzeichnet. Für die weitere Entwicklung dürfte bestimmend sein, welche Auswirkungen die von der Bundesregierung beschlossenen konjunkturfördernden Maßnahmen zeigen und welche Impulse von den ausstehenden Tarifverhandlungen ausgehen. Allerdings deuten die vorliegenden Daten wie auch die mangelnde Kapazitätsauslastung der industriellen Unternehmen nicht auf eine kurzfristige Erhöhung der Investitionstätigkeit hin. Die Grundbedingung für einen neuen Aufschwung ist somit noch nicht gegeben, doch läßt sich für 1975 ein wenn auch langsames Wachstum des privaten Verbrauchs im Rahmen der Realeinkommenserhöhung, die durch die Steuer- und Kindergeldreform erheblich gestärkt wird, voraussagen. Als gegenläufiger Einflußfaktor zeichnet sich eine leichte Abkühlung der gegenwärtig konjunkturstützenden Auslandsnachfrage ab, so daß zumindest für die kommenden Monate nicht mit einer nachhaltigen Belebung der Geschäftstätigkeit gerechnet werden kann.

Beschäftigtenrückgang im Handwerk

Im Gegensatz zur Entwicklung in früheren Jahren nahm die Zahl der Beschäftigten im Bereich des Handwerks ab. Ende September 1974 waren in den Handwerksbetrieben des Landes 719 000 Personen beschäftigt. Dies entspricht einer Abnahme gegenüber dem Vorjahr um rund 42 000 oder 5,5%. Annähernd drei Viertel der Rückgänge entfielen allein auf das Bauhandwerk, das seinen Beschäftigtenstand um rund 30 000 oder annähernd 10% reduzierte. Von den in Baden-Württemberg bedeutsamen Handwerkszweigen vermochte lediglich der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau sein Beschäftigungsvolumen nennenswert auszudehnen (+ 7%).

Die Umsätze lagen in den ersten drei Quartalen mit 34,3 Mrd. DM nominal knapp über den Vorjahresergebnissen (+ 4,4%) gegenüber einem entsprechenden Anstieg von 13,4% im Vorjahr. Einen hohen Umsatzzuwachs von nicht weniger als 25% erzielten die im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau tätigen Handwerksbetriebe, unter denen insbesondere das Kraftfahr-

zeughandwerk mit einer Umsatzsteigerung um 33% herausragt. Demgegenüber mußte das Bau- und Ausbauhandwerk, das in den letzten Jahren ein weit überdurchschnittliches Wachstum erreicht hatte, Umsatzeinbußen von rund 4% hinnehmen.

Anhaltender Ausfuhrboom - wachsende Exportabhängigkeit

Die Exportwirtschaft, die im südwestdeutschen Raum schon immer eine bedeutende Rolle spielte, hat in den beiden vergangenen Jahrzehnten das wirtschaftliche Wachstum des Landes maßgeblich beeinflusst. Besonders in Zeiten sinkender Inlandsnachfrage wie beispielsweise während der Rezessionsphase 1966/67 erwies sich die Ausfuhr als Ausgleichsfaktor und wichtige Stütze der Konjunktur. Sie verhinderte ein starkes Absinken der Produktion und der Beschäftigung.

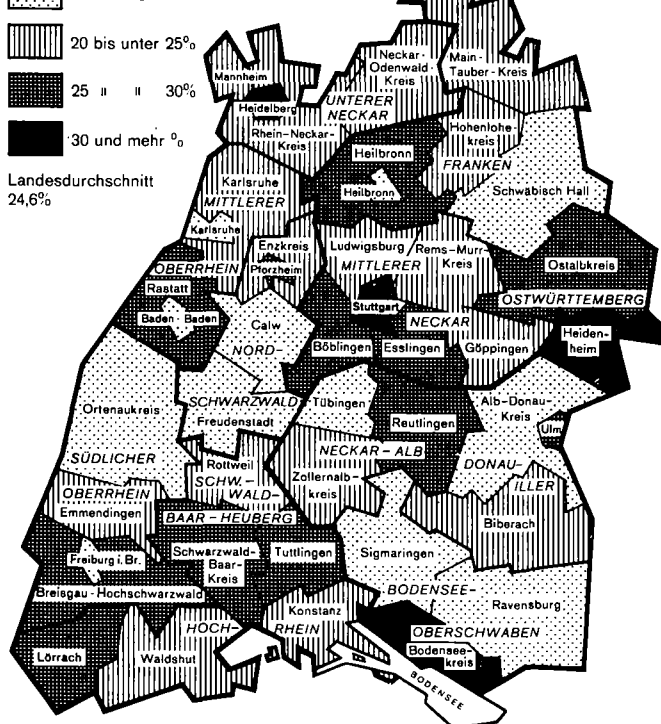
Auch im Jahr 1974 versuchte die baden-württembergische Wirtschaft, die Schwächetendenzen der inländischen Nachfrage durch Ausweichen auf Auslandsmärkte auszugleichen. Erschwerende Umstände waren dabei die erhebliche Verteuerung der Ausfuhrgüter durch Produktionskostensteigerungen und die Aufwärtstendenz des DM-Wechselkurses. Dennoch gelang eine unerwartet hohe Ausweitung des Exportgeschäfts, wozu der noch höhere Preisauftrieb in den anderen westlichen Industrieländern maßgeblich beigetragen haben dürfte.

Wie sehr sich in den ersten neun Monaten des abgelaufenen Jahres der Export zum bestimmenden Faktor der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und des Produktionswachstums entwickelte, zeigt sich darin, daß die hohe Ausfuhrleistung des Vorjahreszeitraumes nochmals um 22,3% übertroffen wurde. Allerdings entfiel ein erheblicher Teil dieses Zuwachses der Verkaufserlöse auf Preisanhebungen; die Verkaufspreise für Auslands Güter stiegen im Bundesgebiet im gleichen Zeitraum um 17,0%. Als Jahresergebnis ist eine Rekordausfuhr im Wert von rund 37,5 Mrd. DM zu erwarten (gegenüber 30,8 Mrd. DM im Vorjahr).

Die damit erreichte starke außenwirtschaftliche Verflechtung des Landes geht aus der Exportquote der Industrie hervor, die sich für die ersten drei Quartale des Jahres 1974 auf 24,6% bezieht und seit 1960 ausgehend von einem Wert von 15,1% kontinuierlich anstieg (Tabelle 8). Daß der nunmehr erreichte hohe Ausfuhranteil auch mit Problemen verbunden ist, zeigen die durch die Verteuerung des Erdöls ausgelösten aktuellen Zahlungsbilanzprobleme wichtiger Handelspartner (Italien, Großbritannien, Dänemark) sowie die anhaltenden Diskussionen über die Folgen eines Ungleichgewichts im Welthandel, das im Zusammenhang mit der Energie- und Rohstoffverteuerung entstehen könnte und die Länder mit defizitärer Handelsbilanz zwingt, ihre Einfuhren zu drosseln.

Wie unterschiedlich die Exportabhängigkeit der einzelnen Landesteile ist, wird aus Schaubild 6 deutlich. Mit einem Anteil des Exports am Industrieumsatz von jeweils über 30% liegen die Kreise Stuttgart, Heidenheim, Heidelberg und der Bodenseekreis deutlich an der Spitze während die Stadtkreise Heilbronn und Baden-Baden sowie der Ortenau- und der Alb-

 unter 20%



Donau-Kreis mit Exportquoten von jeweils rund 15% weniger stark auf eine hohe Ausführleistung angewiesen sind. Entsprechend der Struktur der baden-württembergischen Wirtschaft ist die Zusammensetzung des Exports nach Waren-

Tabelle 9
Ein- und Ausfuhr nach Handelspartnern

Handelspartner	Einfuhr ¹⁾			Ausfuhr ²⁾		
	1. bis 3. Vierteljahr 1974					
	Mill. DM	%	Veränderung gegenüber 1973 in % ³⁾	Mill. DM	%	Veränderung gegenüber 1973 in % ³⁾
Insgesamt	18 247,6	100,0	+ 22,8	27 272,7	100,0	+ 22,3
davon						
Europa	12 786,7	70,1	+ 12,3	19 677,0	72,2	+ 19,6
darunter						
EG-Länder	9 089,1	49,8	+ 9,8	11 646,0	42,7	+ 19,3
davon						
Frankreich	3 467,9	19,0	+ 12,1	3 954,3	14,5	+ 17,2
Belgien-Luxemburg	1 371,8	7,5	+ 11,3	1 454,4	5,3	+ 19,2
Niederlande	1 490,5	8,2	+ 16,5	2 046,3	7,5	+ 19,9
Italien	2 178,5	11,9	- 3,9	2 482,2	9,1	+ 26,9
Großbritannien	467,1	2,6	+ 49,1	1 233,8	4,5	+ 19,8
Republik Irland	39,7	0,2	+ 24,2	72,7	0,3	+ 15,8
Dänemark	73,6	0,4	+ 20,3	402,1	1,5	- 3,5
Ostblockländer	451,2	2,5	+ 39,0	1 202,6	4,4	+ 48,0
Afrika	1 455,3	8,0	+ 64,6	1 292,6	4,7	+ 43,8
Amerika	1 889,6	10,4	+ 33,6	3 520,4	12,9	+ 12,9
darunter						
USA	1 371,8	7,5	+ 35,7	2 275,7	8,3	+ 5,5
Asien	2 091,9	11,4	- 84,2	2 369,4	8,7	+ 49,2
Australien und Ozeanien	24,1	0,1	- 33,5	413,3	1,5	+ 77,1

¹⁾ Generalhandel. – ²⁾ Spezialhandel. – ³⁾ Gegenüber den ersten drei Vierteljahren 1973.

gruppen seit Jahren ziemlich konstant. Auch in den ersten neun Monaten des abgelaufenen Jahres hatten die Erzeugnisse der drei bedeutendsten Industriezweige zusammen einen Anteil an der Gesamtausfuhr von annähernd 60% (Maschinenbau 28,7%, Fahrzeugbau 16,7%, Elektrotechnik 13,1%), während die Textilindustrie (7,2%) aufgrund der stärkeren Konkurrenz auf den Weltmärkten nicht entsprechend ihrer Bedeutung im Lande am Gesamtexport beteiligt war. Besonders günstig entwickelte sich im Berichtszeitraum die Ausfuhr von chemischen Erzeugnissen (+ 32,4%), während die Exportzunahme bei Kraftfahrzeugen (+ 18,0%) und elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 17,4%) unter der durchschnittlichen Steigerungsrate von 22,3% lag.

Hauptabnehmer baden-württembergischer Waren waren in den ersten drei Quartalen 1974 wiederum die Länder der Europäischen Gemeinschaft mit einem Ausfuhranteil von 42,7%. Allerdings wurde lediglich beim Handel mit Italien eine überdurchschnittliche Zunahme des Ausfuhrumsatzes (+ 26,9%) erzielt. Deutlich über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraumes lagen hingegen die Ausfuhrzahlen für die Ostblockländer, die afrikanischen und asiatischen Länder. Demgegenüber stagnierten die Exportlieferungen nach den Vereinigten Staaten (+ 5,5%) aufgrund des dortigen Konjunkturerinbruchs und der Verteuerungen deutscher Erzeugnisse durch Wechselkursänderungen.

Einfuhr verteuert

Mit einer Zunahme um 22,8% hat sich in den ersten drei Quartalen der Wert der Einfuhren ähnlich wie die Steigerungsrate der Exporte entwickelt. Allerdings muß auch hier berücksichtigt werden, daß die Zunahme der Einfuhrumsätze das Resultat von Mengen- und Preisveränderungen ist. Dies gilt um so mehr, als der auf Bundesebene berechnete Index für Einfuhrpreise aufgrund der stark verteuerten Weltmarktpreise, insbesondere der exorbitant hohen Preissteigerungsraten für Rohstoffe (+ 100,6%) und Halbwaren (+ 53,0%), gegenüber dem Vorjahreszeitraum um nicht weniger als 32,4% stieg. Daraus wird deutlich, daß die Zunahme der Einfuhrumsätze ganz wesentlich auf die hohen Preissteigerungsraten für die

aus dem Ausland bezogenen Erzeugnisse zurückzuführen ist. Gedämpft wurde die Entwicklung der wertmäßigen Einfuhr durch die nur mäßige Zunahme der Importe von Ernährungsgütern (+ 16,0%) und von gewerblichen Fertigwaren (+ 8,6%), auf die in den ersten drei Quartalen zusammen 69,1% der Einfuhren des Landes entfielen. Unter den Fertigerzeugnissen erhöhten sich vor allem die Importe von chemischen Erzeugnissen beachtlich (+ 31,7%), während sich die Bezüge von Kraftfahrzeugen sogar um gut ein Sechstel (- 17,6%) verminderten. Ein ganz anderes Bild ergibt sich für die wertmäßigen Einfuhren von gewerblichen Rohstoffen (+ 94,2%) und Halbwaren (+ 43,0%), die sich aufgrund der Preisentwicklung auf den Weltmärkten außergewöhnlich stark erhöhten, wobei unter den Rohstoffen besonders die wertmäßige Zunahme der Importe von Erdöl (+ 153,1%) herausragt.

Betrachtet man die Entwicklung der Importe nach Handelspartnern, so zeigt sich, daß der Wert der aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft eingeführten Waren in den ersten neun Monaten nur um 9,8% und damit weitaus weniger zunahm als die Einfuhren aus den Nicht-EG-Ländern (+ 39,1%), aus denen der größte Teil der wertmäßig außerordentlich erhöhten Importe von Rohstoffen und Halbwaren (+ 66,3%) stammt. Von den Ländern der Europäischen Gemeinschaft konnte Großbritannien seine Lieferungen nach Baden-Württemberg wesentlich erweitern (+ 49,1%), während die Bezüge aus Italien vermutlich als Folge der durch Streiks entstandenen Ausfälle leicht zurückgingen (- 3,9%). Beachtlich gestiegen sind die Importe aus den afrikanischen und asiatischen Ländern, vor allem die Einfuhren aus Libyen (in erster Linie Erdöl), die sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum wertmäßig fast verdoppelt haben. Auch die Importe aus dem Ostblock (+ 39,0%) und aus den Vereinigten Staaten (+ 35,7%) übertrafen recht deutlich das Ergebnis des vergleichbaren Vorjahreszeitraums.

Auch sinkende Einkommen in der Landwirtschaft

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche belief sich 1974 nach den Ergebnissen der Bodennutzungserhebung auf rund 1,74 Mill. Hektar. Sie hat sich damit durch zunehmende Beanspruchung des Grund und Bodens für Siedlungszwecke in Jahresfrist abermals um 0,7% vermindert. Pro Kopf der Bevölkerung beträgt die landwirtschaftlich genutzte Fläche heute nur noch 19 Ar gegenüber gut 30 Ar im Jahr 1950.

Die Verkaufserlöse im Wirtschaftsjahr 1973/74 in Höhe von 5,55 Mrd. DM übertrafen das Vorjahresergebnis um 7,8%. Diese an sich günstige Entwicklung der Erlöse ging nicht nur auf die guten Ernten bei fast allen pflanzlichen Erzeugnissen zurück (39% der Gesamterlöse), sondern auch auf die insgesamt positiven Ergebnisse der tierischen Veredlungswirtschaft (61% der Gesamterlöse). Durch die angespannte Versorgungslage bei Fleisch wurde vor allem die Schweine- und Rindermast ausgedehnt. Obwohl die Erzeugerpreise für Mast- und Schlachtschweine mit steigendem Angebot stark zurückgingen, konnten die resultierenden Erlöseinbußen durch Mehreinnahmen aus Verkäufen von Milch und flächenunabhängigen Betriebszweigen im Durchschnitt des Wirtschaftsjahres 1973/74 mehr als ausgeglichen werden.

Um jedoch von den Verkaufserlösen auf die Einkommenslage der Betriebe zu schließen, muß zusätzlich die Entwicklung des Sachaufwandes und des Eigenverbrauches berücksichtigt werden. Dabei kann davon ausgegangen werden, daß die Landwirtschaft entsprechend der langjährigen Entwicklung auch im Wirtschaftsjahr 1973/74 unter dem Zwang zur Rationalisierung den Sachaufwand um etwa 2 bis 3% auf schätzungsweise 3,8 Mrd. DM erhöht hat. Damit ermäßigt sich das Betriebs-einkommen (Beitrag zum Nettosozialprodukt zu Faktorkosten oder Wertschöpfung), aus dem neben den privaten Ausgaben die Nettoinvestitionen, Fremdlöhne und Kapitalzinsen zu bestreiten sind, auf rund 2,7 Mrd. DM. Unter Berücksichtigung des Anstiegs der Lebenshaltungskosten von 7,2% sowie der um 8,2% gestiegenen Einkaufspreise landwirtschaftlicher Be-

triebsmittel verzeichnete somit die Landwirtschaft, global gesehen, eine Minderung ihres Einkommens um etwa 1 bis 2%.

Die Hoffnungen der baden-württembergischen Landwirtschaft, im Erntejahr 1974 eine überdurchschnittliche Getreideernte einbringen zu können, haben sich voll erfüllt. Mit 24,4 Mill. Dezitonnen übertrifft die Getreideernte selbst das Rekordergebnis des Jahres 1971 noch um gut 6%. Dieses günstige Ergebnis ist sowohl auf eine leichte Ausdehnung der Anbauflächen, insbesondere bei den Brotgetreidearten, als auch auf weit überdurchschnittliche Hektarerträge zurückzuführen.

Demgegenüber werden die Ernteaussichten bei Körnermais, der vor allem Futterzwecken dient, wegen der ungünstigen Witterung zurückhaltend beurteilt. Die Kartoffelernte wurde trotz hoher Hektarerträge mit nur 17,5 Mill. Dezitonnen gegenüber 19,2 Mill. Dezitonnen im Mittel der Jahre 1968/73 festgestellt, da der Anbau im Hinblick auf die rückläufige Nachfrage weiter eingeschränkt worden ist. Die anhaltende kalte und nasse Herbstwitterung hat die Vegetation vorschnell beendet und das Einbringen der Ernte insbesondere bei Hackfrüchten, Freilandgemüse und Wein gebietsweise empfindlich gestört. Bei großen Unterschieden zwischen den einzelnen Erzeugnisarten wird insgesamt nur mit einer mäßigen Obst- und Gemüseernte gerechnet, während die Weinmosternte aufgrund von Frostschäden ein Ergebnis verspricht, das wohl durch gute Qualität aber stark reduzierte Mengen gekennzeichnet ist.

Gedämpfte Geschäftstätigkeit im Einzelhandel – leichter Rückgang des Fremdenverkehrs

Die Umsätze des baden-württembergischen Einzelhandels lagen in den ersten neun Monaten nur 5,0% über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum, unter Berücksichtigung der Preisentwicklung ergibt sich sogar ein Rückgang um 2,3%. Maßgeblich für dieses relativ schwache Ergebnis dürfte einerseits die nur mäßige Entwicklung des Realeinkommens breiter Bevölkerungsschichten, andererseits die unter dem Eindruck der unsicheren Wirtschaftslage vorsichtigere und zurückhaltendere Disposition der Konsumenten gewesen sein. Besonders deutlich zeigte sich diese Tendenz im Bereich der langlebigeren Güter, bei denen die Ersatzbeschaffung zeitlich hinausgeschoben werden kann. So mußte sich der Handel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen mit rund 11,1% niedrigeren nominalen Umsätzen zufrieden geben; in konstanten Preisen betrug der Umsatzrückgang sogar 16,9%.

Tabelle 10

Index der Einzelhandelsumsätze (1970 = 100)

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Wirtschaftsgruppe	Jan.-Sept. 1974	
	in	konstanten
	jeweiligen	Preisen
Einzelhandel mit:		
Waren verschiedener Art	+ 9,3	0,0
Nahrungs- und Genußmittel	+ 5,7	
Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen	+ 6,7	- 0,8
Eisen- und Metallwaren sowie mit Hausrat und Wohnbedarf aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz	+ 2,6	- 5,2
Elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten	+ 12,9	+ 3,8
Papierwaren und Druckerzeugnissen	+ 11,1	+ 2,9
Pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln	+ 9,8	+ 3,9
Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölprodukten	+ 29,3	+ 7,1
Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen	- 11,1	- 16,9
Sonstige Waren	+ 3,2	- 4,6
Einzelhandel insgesamt	+ 5,0	- 2,3

Ebenso blieb die Nachfrage nach Bekleidung, Wäsche und Schuhen (-0,8%) sowie nach Hausrat und Wohnbedarf (- 5,2%) unter Zugrundelegung konstanter Preise hinter dem Vorjahr zurück. Einen bemerkenswert hohen Umsatzanstieg von nominal 29,3% meldete lediglich der Handel mit Kohle und Mineralölerzeugnissen doch hat hierzu in erster Linie die Preisentwicklung beigetragen, in konstanten Preisen ergab sich nur eine Zuwachsrate von 7,1%.

Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe konnte einen nominalen Umsatzzuwachs von 3,3% erzielen, doch dürfte auch hier angesichts der allgemeinen Preissteigerungen ein leichter realer Rückgang zu veranschlagen sein. Diese Tendenz wird auch durch die Ergebnisse der Fremdenverkehrsstatistik bestätigt. Das in den letzten Jahren festgestellte Anwachsen der Gästeübernachtungen hat sich in der Sommersaison 1974 nicht fortgesetzt, doch ist der Rückgang von 0,6% wohl hauptsächlich auf die ungünstigen Reisewetterbedingungen zurückzuführen. Hinzu kam der weiter anhaltende Rückgang der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland (-12,0%), insbesondere aus den Vereinigten Staaten, der zweifellos im Zusammenhang mit der aufwertungsbedingten relativen Verteuerung gegenüber dem Ausland steht.

Strukturkrise in der Bauwirtschaft – dennoch hohe Bauleistung

Die baden-württembergische Bauwirtschaft stand zu Beginn des abgelaufenen Jahres im Zeichen des hohen Bauüberhangs von rund 189 000 genehmigten, jedoch noch nicht fertiggestellten Wohnungen. Von diesem Bauüberhang waren rund 98 000 Wohnungen bereits rohbaufertig und damit Beschäftigungsobjekte für das Ausbaugewerbe, weitere 35 000 Wohnungen befanden sich im Rohbau und beanspruchten somit noch Kapazitäten des Bauhauptgewerbes. Die Beschäftigungslage im Wohnungsbau war also zum Jahresbeginn noch verhältnismäßig günstig, obwohl bereits seit Mitte 1973, ausgelöst von den Stabilisierungsmaßnahmen von Bundesregierung und Bundesbank, ein außerordentlich starker Rückgang der Wohnungsbaunachfrage eingesetzt hatte.

Verfolgt man die Entwicklung der Wohnungsbaugenehmigungen im Verlauf des Jahres 1974, so zeigt sich deutlich eine Tendenz zur Stabilisierung auf niedrigerem Niveau. So wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 1974 rund 44% weniger Wohnungen genehmigt als im entsprechenden Vorjahreszeit-

Tabelle 11
Baugenehmigungen und Baufertigstellungen
(1. bis 3. Quartal)

Nachweis	Einheit	1974	1973	1972	Veränderung	
					1974/ 1973	1973/ 1972
					%	
Baugenehmigungen						
Wohngebäude	Umbauter Raum in 1000 cbm	26 233	42 285	45 432	- 38,0	- 6,9
Nichtwohngebäude	Umbauter Raum in 1000 cbm	24 634	28 817	28 435	- 14,5	+ 1,3
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	Anzahl	52 998	94 981	103 527	- 44,2	- 8,3
Baufertigstellungen						
Wohngebäude	Umbauter Raum in 1000 cbm	21 364	22 152	20 889	- 3,6	+ 6,0
Nichtwohngebäude	Umbauter Raum in 1000 cbm	15 956	13 469	14 581	+ 18,5	- 7,6
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	Anzahl	49 017	51 339	48 043	- 4,5	+ 6,9

raum. Der höchste Rückgang der Genehmigungszahlen (- 73,3%) entfiel auf die Bauherrngruppe *Unternehmen*, die aufgrund der konjunkturellen Abkühlung beim Bau von vorwiegend Werkwohnungen zunehmende Zurückhaltung übte. Ein ebenfalls sehr hoher Rückgang (- 62,3%) wurde bei den Genehmigungszahlen der Wohnungsunternehmen beobachtet, während die privaten Haushalte nur eine Verminderung um 29,9% verzeichneten.

Entsprechend dem Verlauf der Baugenehmigungen gestaltete sich die Auftragslage der Betriebe des Bauhauptgewerbes. Im Wohnungsbau folgte der Wertindex der Auftragseingänge in den Monaten Januar bis September auf einem um rund 19% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ermäßigten Niveau im wesentlichen dem üblichen Saisonverlauf.

Die Baufertigstellungen wurden von diesem Rückgang infolge des hohen Bauüberhangs zu Beginn des Jahres noch nicht allzu nachhaltig beeinflusst. Nach Schätzungen dürften die Baufertigstellungszahlen 1974 noch einmal eine Größenordnung von etwa 100 000 Wohnungen erreichen.

Auch im übrigen Hochbau lag das Bauinteresse in den ersten neun Monaten trotz annähernd gleich hoher Auftragseingänge von seiten der öffentlichen Hand unter dem Vorjahresniveau, da die gewerbliche Wirtschaft wegen der unsicheren Wirtschaftslage deutliche Zurückhaltung erkennen ließ (- 33%). Allerdings übertraf während der ersten neun Monate das Baufertigstellungsvolumen gemessen am umbauten Raum das Vorjahresvolumen noch beträchtlich (+ 19%).

Im Bereich des Tiefbaus setzte sich im Lauf des Jahres 1974 eine ausgesprochen freundliche Tendenz durch. In den ersten neun Monaten des Jahres lagen die wertmäßigen Auftragseingänge um rund 19% über dem Vorjahr. Ausschlaggebend hierfür waren besonders die im Vergleich zum Vorjahr um rund 46% gestiegenen Auftragseingänge im Straßenbau. Daher kann wohl insgesamt von einer für die Betriebe des Bauhauptgewerbes im Jahr 1974 sehr zufriedenstellenden Auftragslage im Tiefbau gesprochen werden.

Die Beschäftigungslage der bauhauptgewerblichen Betriebe war 1974 durch eine deutliche Abnahme der Beschäftigtenzahl gekennzeichnet. Im Durchschnitt der ersten neun Monate verringerte sich die Zahl der tätigen Personen um rund 10%. Durch den Abbau von Überstunden blieben die von Januar bis September geleisteten Arbeitsstunden noch stärker unter dem Vorjahreswert (- 15%), im Wohnungsbau sogar um 27%. Obwohl in der Arbeitsmarktlage für baugewerbliche Berufe eine deutliche Entspannung eingetreten ist, waren Ende September 1974 für Baufacharbeiter noch 2739 offene Stellen

Schaubild 7

Auftragseingänge im Wohnungsbau (1971 = 100)

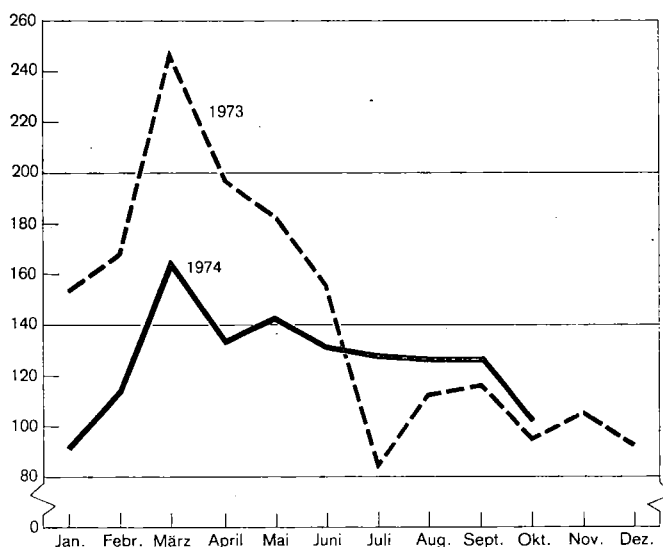


Tabelle 12
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe 1974 (1971 = 100)

Zeitraum	Veränderung gegen Vorjahr in %				
	Bau- haupt- gewerbe ins- gesamt	Hochbau		Tiefbau	
		ins- gesamt	darunter Wohnungs- bau	ins- gesamt	darunter Straßen- bau
1. Vierteljahr 1974 ...	-20,8	-29,0	-35,5	+ 5,3	+48,1
2. Vierteljahr 1974 ...	-11,9	-26,7	-24,0	+24,8	+36,4
3. Vierteljahr 1974 ...	+10,8	+ 4,7	+21,4	+22,0	+52,8
1.-3. Vierteljahr 1974	- 7,9	- 6,4	-18,6	+18,5	+45,6

registriert, so daß auf jeden der 729 Arbeitslosen durchschnittlich vier freie Arbeitsplätze entfielen.

Für die weitere Entwicklung des Bauhauptgewerbes dürfte insbesondere bestimmend sein, daß sich der Wohnungsbau in einer längst noch nicht abgeschlossenen Umstrukturierungsphase befindet. Die etwa seit 1970 einsetzende starke Nachfragerelle nach Wohnungen, die zu einem boomartigen Ausweiten der Wohnungsbaukapazitäten führte, war zum großen Teil eine Folge der inflationären Entwicklung und der Flucht in die Sachwerte. Durch den Nachfrageschub der letzten drei Jahre wurde ein rapider Anstieg der Grundstücks- und Baupreise ausgelöst, der in Verbindung mit der 1973 eingeleiteten Hochzins- und Kreditverknappungspolitik jetzt zu der stark gedrosselten Nachfrage nach neuen Eigentums- und Mietwohnungen führte. Mit der weitgehenden Sättigung des Wohnungsmarktes ist eine Rückentwicklung der Baukapazitäten im Sinne einer Ausrichtung am langfristigen Bedarf erforderlich. Möglicherweise wird ein begrenzter Teil der Überkapazitäten in andere Bereiche des Hochbaus umgelenkt werden können (verstärkter Bau infrastruktureller Einrichtungen) oder der Althausmodernisierung zugute kommen. Der Abbau der dennoch verbleibenden, nicht umschichtbaren Kapazitäten wird hingegen wohl auch 1975 zu entsprechenden Freisetzungen von Arbeitskräften führen. Ebenso dürfte sich das Ausbaugewerbe aufgrund des reduzierten Bauüberhangs und der verminderten Zahl der im Bau befindlichen Wohnungen 1975 einer beträchtlich verschlechterten Auftragslage gegenübersehen.

Weiterer Rückgang der Verkehrsunfälle

Die Bilanz der Unfälle im Straßenverkehr, die bereits im Jahr 1973 einen deutlich rückläufigen Trend aufwies, hat sich im abgelaufenen Jahr weiterhin günstig entwickelt. Nach den noch vorläufigen Ermittlungen des Innenministeriums ereigneten sich in den ersten zehn Monaten rund 38100 und damit 9,5% weniger Unfälle mit Personenschäden. Die Zahl der Verkehrstoten, die häufig als Maßstab für die Beurteilung der Sicherheit im Straßenverkehr herangezogen wird, sank im selben Zeitraum um 17,6% auf 1904. Ebenso blieb die Zahl der Verletzten mit 52 969 um 13,3% hinter dem in der Vorjahreszeitspanne registrierten Stand zurück.

Inwieweit der zu beobachtende Rückgang der Verkehrsunfälle und deren Folgen auf einzelne Ursachen zurückzu-

Tabelle 13
Straßenverkehrsunfälle

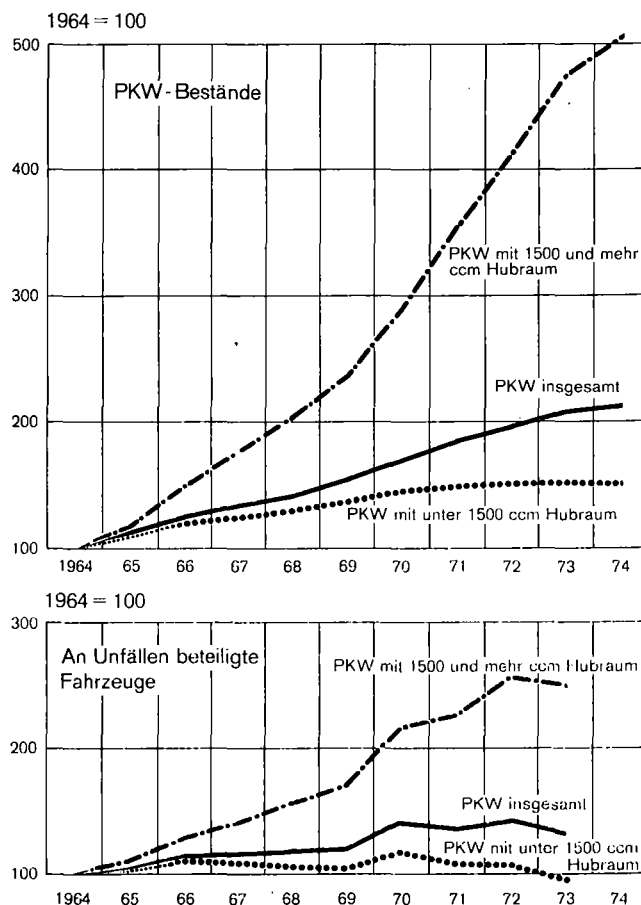
Jahr	Unfälle mit Personenschäden		Dabei			
	Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr	Getötete		Verletzte	
			Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr	Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr
1971	49 285	-1,2	2 752	-0,8	72 381	-1,9
1972	51 526	+4,5	2 810	+2,1	75 112	+3,8
1973	48 288	-6,3	2 656	-5,5	69 782	-7,1
1974 ¹⁾ ...	38 061	-9,5	1 904	-17,6	52 969	-13,3

¹⁾ Januar–Oktober; vorläufige Ergebnisse nach den Ermittlungen des Innenministeriums Baden-Württemberg.

führen ist, läßt sich erst nach Vorliegen differenzierterer Ergebnisse der Unfallsstatistik abschätzen. Abgesehen von dem Einfluß der gesetzgeberischen Maßnahmen (Geschwindigkeitsbegrenzung auf 100 km/h und Sonntagsfahrverbote), die zum Jahresbeginn unter dem Eindruck der Energiekrise vorübergehend verhängt waren, dürfte auch die Verminderung der durchschnittlichen Fahrleistung der Kraftfahrzeuge – Folge sprunghaft steigender Betriebskosten und der wirtschaftlichen Entwicklung – eine maßgebliche Rolle gespielt haben. Hinzu kommt, daß sich die 1974 zu verzeichnende Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes und der Kraftfahrzeugdichte in bescheidenen Grenzen hielt. So erhöhte sich die Zahl der zum Verkehr zugelassenen Kraftfahrzeuge im ersten Halbjahr lediglich um 1,8% und damit weitaus geringer als in den Jahren zuvor. Auch die Kraftfahrzeugdichte stieg nur unwesentlich auf 291 Personen- und Kombiwagen je 1000 Einwohner. Allerdings hielt auch 1974 die schon seit langem zu beobachtende überdurchschnittliche Zunahme der leistungsfähigeren Fahrzeuge weiter an: Der Bestand der Personenkraftwagen mit einem Hubraum von 1500 und mehr ccm nahm im ersten Halbjahr immerhin um 3,7% zu gegenüber einer Zuwachsrate von nur 0,5% bei den hubraumschwächeren Fahrzeugen (Schaubild 8). Zu erwähnen bleibt schließlich der positive Einfluß, der von der im Frühjahr eingeführten Richtgeschwindigkeit auf Bundesautobahnen von 130 km/h ausging. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen ereigneten sich in den ersten zehn Monaten auf den Autobahnen des Landes 1526 und damit 21,1% weniger Unfälle mit Personenschäden als im Vorjahr. Wie aus dem beträchtlichen Rückgang der Getöteten (-30,8%) hervorgeht, waren die Folgen dieser Unfälle zudem weniger gravierend.

Schaubild 8

Entwicklung der Bestände an Personenkraftwagen und ihre Beteiligung an Unfällen mit Personenschäden



Geringerer Schiffsgüterumschlag – mehr Fluggäste

Für die Binnenschifffahrt des Landes zeichnet sich nach den ersten neun Monaten im Vergleich mit dem Vorjahr ein geringeres Jahresergebnis ab. So lag der Güterumschlag in den ersten drei Quartalen mit 31,9 Mill. Tonnen um rund 10% unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Maßgeblich für diese rückläufige Entwicklung war vor allem die verminderte Bautätigkeit, denn der Umschlag von Sand und Kies, der rund zwei Fünftel der Gesamtumschlagsleistung ausmacht, war auf Rhein und Neckar bemerkenswert gering.

Auf dem Flughafen Stuttgart wurden in den ersten neun Monaten 1,67 Mill. Flugpassagiere gezählt. Damit erhöhte sich die Zahl der Fluggäste gegenüber den Vorjahresergebnissen, die allerdings durch den Bummelstreik der Fluglotsen beeinträchtigt waren, um rund 11%. Demgegenüber verminderte sich der Frachtgüterumschlag (–15%) sowie die Beförderung von Luftpost (– 6%). Nach Angaben der Flughafengesellschaft sind diese Rückgänge nicht nur auf die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch auf unzureichende Bedienung des Flughafens durch die Fluggesellschaften zurückzuführen.

Steigende Löhne und Preise

Charakteristisch für die Einkommensentwicklung im Jahr 1974 war die recht unterschiedliche Entwicklung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und der aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Während im Bundesgebiet die Unternehmereinkommen in den ersten sechs Monaten leicht abnahmen (– 0,4%), erhöhten sich die Arbeitnehmerinkommen nominal um 10,1%.

Auch in Baden-Württemberg zeigte die Entwicklung der Löhne und Gehälter einen relativ starken Aufwärtstrend. Im Bereich der Industrie stieg die Lohn- und Gehaltssumme in den ersten drei Quartalen um 11,5% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Infolge der leichten Beschäftigtenreduktion war der Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten mit + 13,0% sogar etwas höher, wobei die Zuwachsraten der industriellen Hauptbereiche nur wenig vom Industriedurchschnitt abwichen.

Demgegenüber zeigte der Anstieg der Verbraucherpreise einen gemäßigten Verlauf und entsprach damit nicht den zu Jahresbeginn gehegten pessimistischen Erwartungen, die sich unter anderem auf die Energie- und Rohstoffkostenverteuerung

stützten. Die Zuwachsrate des Preisindex für die Lebenshaltung dürfte im Jahr 1974 ebenso wie im Vorjahr bei durchschnittlich 6,4% und damit etwas unter der bundesdurchschnittlichen Auftriebsrate liegen. Maßgeblich für den im langjährigen Vergleich dennoch verhältnismäßig hohen Anstieg war die Preisentwicklung im Bereich Elektrizität, Gas, Brennstoffe, die aufgrund der Energiekrise im November eine Veränderungsrate von 6,4% gegenüber dem Vorjahresmonat aufwies. Überdurchschnittlich (+ 10,6%) zogen die Preise im Verkehrssektor an, während sich die Wohnungsmieten (+ 4,4%) sowie Nahrungs- und Genußmittel (+ 4,3%) in Jahresfrist nur unterdurchschnittlich verteuerten.

Bei der Beurteilung des Preisauftriebs im Bereich der Lebenshaltung muß allerdings berücksichtigt werden, daß die dem Endverbrauch vorgelagerten Handelsstufen teilweise wesentlich höhere Teuerungsraten zu verzeichnen hatten, die jedoch vermutlich wegen der sehr gedämpften Einzelhandelsnachfrage nicht im vollen Umfang an die Endverbraucher weitergereicht werden konnten. Sollte sich somit auf der Stufe des Endverbrauchs eine Art Nachholbedarf an Preiserhöhungen aufgestaut haben, der erst bei einer künftigen Wiederbelebung der Nachfrage zum Tragen käme, so müßte der bislang verzeichnete Anstieg der Lebenshaltungskosten in anderem Lichte gesehen werden.

Daß ein derartiger Zusammenhang nicht auszuschließen ist, geht beispielsweise aus der Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise und der Großhandelspreise hervor, die im September 14,2% bzw. 15,7% über dem entsprechenden Vorjahresmonat lagen. Eine noch wesentlich höhere Steigerungsrate erfuhr die Einkaufspreise für Auslandsgüter, die insbesondere wegen der weltweiten extremen Verteuerung von Rohstoffen und Halbwaren im September das Vorjahresniveau um 32,4% übertrafen. Demgegenüber hat sich, nachdem bereits seit Mitte 1973 eine Tendenzwende zu erkennen war, der Preisauftrieb auf dem Bausektor im Zusammenhang mit der verschlechterten Auftragslage erheblich abgeschwächt. Im August lag der Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Gebäude) nur 4,7% über dem Vorjahresstand und damit auch deutlich unter dem Vergleichswert des Bundes (6,5%). Hingegen wies der für das Bundesgebiet berechnete Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte als einziger der beobachteten Indikatoren eine rückläufige Entwicklung seiner jährlichen Veränderungsraten auf. Während im Dezember

Tabelle 14

Entwicklung ausgewählter Preisindizes 1974

– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent –

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft		Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung
	Einkaufspreise für Auslandsgüter ¹⁾	Verkaufspreise für Auslandsgüter ¹⁾	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	Großhandelsverkaufspreise ¹⁾	Einzelhandelspreise ²⁾	Preisindex für Bauleistungen an neuen Wohngebäuden ²⁾	Preisindex für die Lebenshaltung 4-Pers.-Arbeitsnehmerhaushalte mit mittl. Eink. ²⁾
	Wirtschaftsjahr								
	1970 = 100		1961/62–1962/63 = 100	1962/63 = 100	1970 = 100		1962 = 100		1970 = 100
	Bundesgebiet			Baden-Württemberg	Bundesgebiet			Baden-Württemberg	
Januar	+ 31,2	+ 12,9	+ 0,2	–	+ 10,6	+ 11,3	+ 6,6	–	+ 6,3
Februar ...	+ 33,6	+ 14,5	+ 1,8	+ 9,3	+ 12,4	+ 13,1	+ 6,8	+ 6,0	+ 6,5
März	+ 34,8	+ 16,4	+ 5,4	–	+ 13,2	+ 14,1	+ 6,8	–	+ 6,4
April	+ 32,2	+ 16,8	+ 8,3	–	+ 13,7	+ 14,6	+ 7,0	–	+ 6,6
Mai	+ 28,7	+ 16,8	+ 9,4	+ 6,1	+ 14,1	+ 16,9	+ 7,4	+ 4,8	+ 6,4
Juni	+ 27,7	+ 17,7	+ 7,4	–	+ 13,6	+ 15,8	+ 7,6	–	+ 6,1
Juli	+ 30,0	+ 18,8	+ 7,5	–	+ 13,9	+ 15,6	+ 7,7	–	+ 6,2
August	+ 31,5	+ 19,2	+ 6,0	+ 2,6	+ 14,1	+ 15,5	+ 8,0	+ 4,7	+ 6,5
September .	+ 32,4	+ 19,3	+ 3,9 ³⁾	–	+ 14,2	+ 15,7	+ 8,3	–	+ 6,6
Oktober ..	+ 29,3	+ 18,8	+ 4,4 ³⁾	–	+ 14,6	+ 15,8	+ 8,4	–	+ 6,3
November .	–	–	–	+ 8,4	+ 13,4	–	+ 8,5	+ 4,7	+ 6,0
Dezember .	–	–	–	–	–	–	–	–	+ 5,7

¹⁾ Ohne MwSt. – ²⁾ Einschließlich MwSt. – ³⁾ Vorläufige Werte.

1973 der Abstand zum entsprechenden Vorjahresmonat noch + 3,7% betrug, verringerte sich dieser Wert auf - 3,9% im September 1974. Dieser für den Verbraucher erfreulichen Entwicklung steht eine leichte Steigerung der den landwirtschaftlichen Betrieben entstehenden Kosten gegenüber.

Trendwende beim Sparen

Nachdem die Sparsbucheinlagen bei den baden-württembergischen Kreditinstituten bis Herbst 1973 leicht zurückgegangen waren, setzte sich angesichts der unsicherer werdenden Wirtschaftslage zunächst ein starker Sparwille durch, der auch im Jahr 1974 in begrenztem Umfang anhielt. Von Januar bis September erhöhte sich der Spareinlagenbestand um 1,586 Mrd. DM (3,9%), während im Vorjahreszeitraum eine Abnahme um 1,2% zu verzeichnen war. Diese erhöhte Sparbereitschaft ist um so höher zu bewerten, als mit anhaltendem Preisauftrieb einerseits die Realeinkommen nur geringfügig stiegen, andererseits die Verzinsung der Sparguthaben die entstandenen Kaufkraftverluste nicht auszugleichen vermochte.

Die Entwicklung der längerfristig angelegten Termingelder nahm einen unerwarteten Verlauf. Während nach den Ausweisen der Landeszentralbank im Vorjahr noch eine überaus starke Zunahme von 27,1% festzustellen war, hat sich diese Tendenz in den ersten drei Quartalen des Jahres 1974 nicht fortgesetzt, obwohl gerade diese Anlageform durch vergleichsweise hohe Zinserträge die Inflationsrate noch am ehesten ausgleicht. Wenn die Termingelder in der Berichtszeit nur um 1,156 Mrd. DM (4,0%) zunahm, so dürfte die Ursache darin liegen, daß die Sparer sich angesichts der Unsicherheiten der wirtschaftlichen Entwicklung zunehmend scheuten, längerfristige Verpflichtungen einzugehen. Eine ähnliche Tendenz zeigte sich auch beim Absatz festverzinslicher Wertpapiere (Pfandbriefe, Industrie- und Kommunalobligationen, sonstige Bankschuldverschreibungen, Anleihen der öffentlichen Hand) der in Baden-Württemberg ansässigen Emittenten. In den ersten neun Monaten des Jahres 1974 erhöhte sich der Absatz nur um 1,254 Mrd. DM oder 6,3%.

Im Gegensatz zu den übrigen Anlageformen kündigt sich bei der Entwicklung des Bausparens eine Trendwende an. In den ersten neun Monaten verminderte sich der Einlagenbestand bei den in Baden-Württemberg ansässigen Instituten um 1,694 Mrd. DM (- 5,4%), während im entsprechenden Vorjahreszeitraum die Sparleistungen noch um 1,053 Mrd. DM oder 3,8% gewachsen waren. Maßgebliche Gründe für diesen beachtlichen Rückgang dürften einerseits die seit langem anhaltenden Preissteigerungen auf dem Bausektor und die sich in jüngster Zeit abzeichnende Sättigung des Wohnungsmarktes, andererseits die angekündigten Änderungen der Bausparförderung sein.

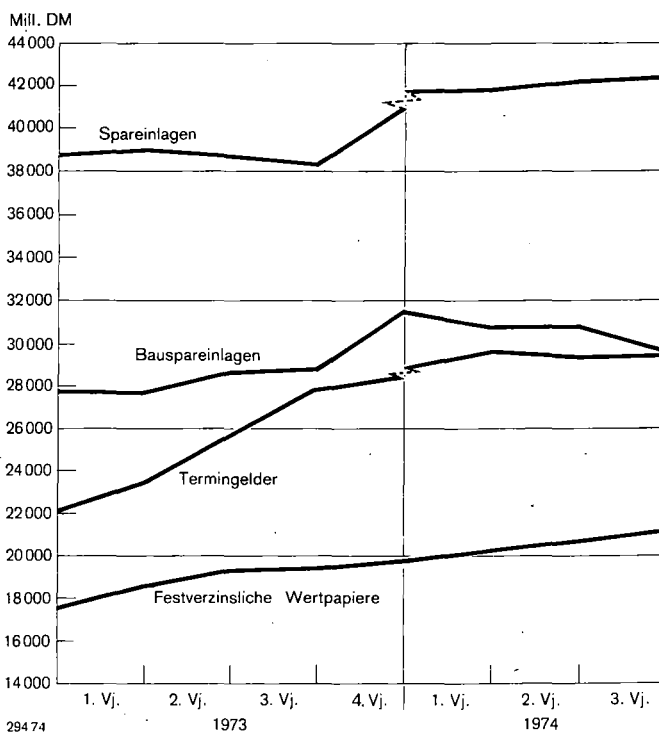
Welch große Bedeutung und weite Verbreitung der Bauspargedanke in Baden-Württemberg traditionell immer noch hat, zeigt ein Vergleich mit anderen Bundesländern. Mit einem Pro-Kopf-Guthaben von 1398 DM (Bundesdurchschnitt 993) rangierten die Landesbewohner im Bausparen auch Anfang 1974 nach wie vor an der Spitze. Beim Kontensparen hingegen nahm Baden-Württemberg mit 4517 DM je Kopf der Bevölkerung nach Hamburg (5736 DM), Hessen (4833 DM) und Bayern (4599 DM) die vierte Stelle ein. Nimmt man beide Sparformen zusammen, so weist Baden-Württemberg mit 5915 DM nach Hamburg (6482 DM) die höchste Sparleistung je Einwohner auf.

Steuereinnahmen unter den Erwartungen

Nach dem vom Landtag verabschiedeten Haushaltsplan sollte der Staatshaushalt 1974 ursprünglich ein Ausgabevolumen von 18,18 Mrd. DM erreichen und damit 12,6% über den Planansätzen des Vorjahres liegen. Zusammen mit dem Kernhaushalt wurde vorsorglich ein Eventualhaushalt mit Gesamtausgaben in Höhe von 319,7 Mill. DM verabschiedet, um im

Schaubild 9

Entwicklung der Spartätigkeit in Baden-Württemberg



Falle einer spürbaren konjunkturellen Abkühlung möglichen Produktions- und Beschäftigungseinbrüchen durch den Einsatz von Investitionsprogrammen entgegenwirken zu können². Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden werden nach den vorliegenden zum Teil geschätzten Ergebnissen 1974 Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge in Höhe von rund 14 Mrd. DM erwartet; das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr (einschließlich Nachträge) um 13,9%. Die seit Aufstellung der Haushaltspläne eingetretene finanzwirtschaftliche Entwicklung war durch zwei Grundlinien gekennzeichnet. Einerseits wurden die ursprünglich erwarteten Steuereinnahmen als Folge der konjunkturellen Abschwächung und des gedrosselten Wirtschaftswachstums bei weitem nicht erreicht, die Mindereinnahmen gegenüber den Ansätzen des Urats dürften auf mindestens 500 Mill. DM zu veranschlagen sein. Zum anderen verursachte der Anstieg der Personal- und Sachkosten eine höhere Ausweitung der Ausgaben als bei der Aufstellung des Haushalts vorgesehen war. Dazu trugen maßgeblich die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst und die darauf gründende bundesgesetzliche Besoldungserhöhung bei, aufgrund derer weitere 592 Mill. DM in den Personal- und Versorgungsetat des Landes einzustellen waren. Hinzu kam die zwangsläufige Steigerung im wesentlichen rechtlich fixierter sächlicher Ausgaben.

Um die Haushaltslücke, die sich aufgrund der verminderten Steuereinnahmen und der Erhöhung der Personal- und Sachausgaben schon frühzeitig abzeichnete, nicht allein durch höhere Kreditaufnahmen schließen zu müssen, wurden Einsparungen beim Haushaltsvollzug vorgenommen. Die Landesregierung beschloß, die Hälfte der für das Haushaltsjahr neu veranschlagten Personalstellen nur in Fällen eines unabwiesbaren Bedürfnisses zu besetzen, so daß bis zum Ende des Jahres etwa 1500 Personalstellen gesperrt blieben. Zur Einsparung der noch manövrierfähigen sächlichen Ausgaben wurde eine Betriebsmittelbewirtschaftung durchgeführt, die voraussichtlich zu globalen Minderausgaben in Höhe von 577 Mill. DM führen dürfte.

² Der Eventualhaushalt wird im folgenden außer Ansatz gelassen, da die betreffenden Ausgaben, die über die Konjunkturausgleichsrücklage des Landes finanziert werden sollten, nicht freigegeben wurden.

Tabelle 15
Kassenmäßige Steuereinnahmen

Steuerart	Steueraufkommen		Steuereinnahmen			
			Januar–Oktober 1974			
	Mill. DM	Veränderung gegen Vorjahr in %	Land		Gemeinden (Gv.)	
			Mill. DM	Veränderung gegen Vorjahr in %	Mill. DM	Veränderung gegen Vorjahr in %
Gemeinschaftliche Steuern	21 761,4	+ 5,8	8 705,3	+ 11,0	1 710,5	+ 11,2
Steuern vom Einkommen ¹⁾	14 715,5	+ 9,2	6 141,1 ⁵⁾	+ 10,0	1 710,5	+ 11,2
Lohnsteuer ¹⁾	9 163,4	+ 16,7	6 141,1 ⁵⁾	+ 10,0	1 710,5	+ 11,2
Veranlagte Einkommensteuer ¹⁾	3 490,6	+ 0,7				
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ¹⁾	374,8	+ 50,4				
Körperschaftsteuer ¹⁾	1 686,7	- 11,6			-	-
Steuern vom Umsatz ²⁾	6 395,6	- 0,8	2 239,0 ⁶⁾	+ 15,0	-	-
Umsatzsteuer ²⁾	4 507,7	- 6,4	2 239,0 ⁶⁾	+ 15,0	-	-
Einfuhrumsatzsteuer	1 887,9	+ 15,8			-	-
Gewerbesteuerumlage	650,3	+ 2,5	325,2	+ 2,5	-	-
Landessteuern	1 455,2	+ 1,2	1 455,2	+ 1,2	-	-
darunter						
Kraftfahrzeugsteuer	694,4	+ 2,2	694,4	+ 2,2	-	-
Gemeindesteuern³⁾	1 959,0	+ 5,0	-	-	1 613,2 ⁷⁾	+ 6,7
darunter						
Gewerbsteuer ⁴⁾	1 643,0	+ 5,1	-	-	1 297,2 ⁷⁾	+ 7,1

¹⁾ Ohne Stabilitätzuschlag. – ²⁾ Ohne Investitionsteuer. – ³⁾ Januar bis Juni 1974. – ⁴⁾ Einschließlich Lohnsummensteuer (in Baden-Württemberg einzig Stadtkreis Mannheim). – ⁵⁾ Nach Abzug der Zerlegungsanteile bei LSt und KSt und der Kapitalertragsteuer – Erstattungen des Bundesamts für Finanzen. – ⁶⁾ Nach Berücksichtigung des USt-Ausgleichs unter den Ländern. – ⁷⁾ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage (Ausgaben) ohne Abgleich der Erstattungen.

Trotz dieser Einsparungen blieb eine Finanzierungslücke, die durch Einbringung eines Nachtragshaushaltes geschlossen werden mußte. Nach dem Nachtragsentwurf zum Kernhaushalt, der dem Landtag im Oktober vorgelegt wurde, erhöhte sich das Haushaltsvolumen um 420,5 Mill. DM auf 18,599 Mrd. DM, was gegenüber den Ansätzen des Vorjahres (einschließlich Nachtragshaushalt) eine Zunahme um 12,5% bedeutet. Einen überdurchschnittlichen Zuwachs von 15,4% verzeichneten wiederum die Personalausgaben, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß hiermit neben linearen auch strukturelle Verbesserungen sowie Mehrausgaben aufgrund der Stellenvermehrung abgedeckt werden mußten. Demgegenüber erfuhren die Ausgaben für Investitionen (einschließlich Investitionsförderung) lediglich eine Steigerung um 9,1%.

Zur Finanzierung der Ausgaben wurde bei der Aufstellung des Uretats noch mit einer hohen Steuerzuwachsquote von 14,1% gerechnet, die jedoch nicht annähernd erreicht werden konnte. In den ersten zehn Monaten beliefen sich die kassenmäßigen Einnahmen des Landes auf 10,16 Mrd. DM und lagen damit nur 9,5% über dem Vorjahresergebnis. Zu dieser verhältnismäßig schwachen Entwicklung trugen maßgeblich das stagnierende Aufkommen aus der Einkommensteuer (+ 0,7%) und das rückläufige Umsatzsteueraufkommen (- 6,4%) bei, während die Lohnsteuer ein Mehraufkommen von 16,7% erbrachte (Tabelle 15). Zur Deckung der Finanzierungslücke, die durch den Ausfall erwarteter Steuereinnahmen entstand, mußte das Land den Kapitalmarkt in viel stärkerem Umfang als ursprünglich vorgesehen beanspruchen. Nach dem Nachtragsentwurf zum Kernhaushalt ist eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 1,088 Mrd. DM vorgesehen (gegenüber 259 Mill. DM im Vorjahr).

Für die Jahre 1975 und 1976 wird eine grundsätzliche Neuorientierung der Haushaltspolitik unerlässlich, das Wachstum der Landesausgaben muß in erheblichem Maße eingeschränkt werden. Dazu zwingt nicht nur die voraussichtliche Entwicklung der Steuereinnahmen, die im Zeichen der wirtschaftlichen Abschwächung und eines gedämpften Wirtschaftswachstums steht, sondern auch das Inkrafttreten der Steuerreform am 1. Januar 1975. Nach den Berechnungen der Landesregierung werden die damit verbundenen Einnahmevermindernungen und Mehrausgaben den Etat 1975 mit rund 600 Mill. DM belasten.

Nach dem vom Ministerrat verabschiedeten Etatentwurf sollen daher die Gesamtausgaben im Jahr 1975 nur um 9,7%³⁾ auf 20,9 Mrd. DM anwachsen und der Personalstellenzuwachs

strikt begrenzt werden. Die in der Fortschreibung der Mittelfristigen Finanzplanung für 1975 ursprünglich vorgesehenen neuen Personalstellen wurden um 1000 auf 5500 reduziert, für die Ministerien, Mittelbehörden und oberen Sonderbehörden wurden keine Neustellen ausgebracht. Trotz dieser Einsparungen und anderer Einschränkungen dürfte das Land 1975 voraussichtlich gezwungen sein, außerordentlich hohe Kredite aufzunehmen, die mit 1,49 Mrd. DM deutlich über der Milliardengrenze und dem Niveau des Jahres 1974 liegen werden. Auch kann nicht ausgeschlossen werden, daß nach Vorliegen neuer Steuerschätzungen mit einer weiteren Verschlechterung der Einnahmesituation zu rechnen ist. In diesem Falle müßten weitere drastische Einsparungen vorgenommen werden, die in Anbetracht der geringen finanzpolitischen Manövriermasse nicht nur den investiven Bereich des Haushalts, sondern möglicherweise auch die gesetzlichen Leistungen des Landes betreffen würden.

Um einer möglichen Verschlechterung der konjunkturellen Situation entgegenzutreten zu können, wurde für das Jahr 1975 ein Eventualhaushalt aufgestellt. Dessen Ausgabevolumen in Höhe von 600 Mill. DM soll aus den bei der Bundesbank stillgelegten Mitteln der Konjunkturausgleichsrücklage, der Stabilitätsabgabe und der Investitionssteuer finanziert werden und vornehmlich der Verbesserung der Infrastruktur in den wirtschaftsschwachen Räumen sowie dem Hochbausektor zugute kommen.

Ausblick auf 1975

Auf dem Gebiet der Bevölkerungsbewegung haben sich mit dem Abebben des Geburtenrückgangs Entwicklungen abgezeichnet, die auch für die nächste Zeit bestimmend zu sein scheinen. Die deutsche Bevölkerung dürfte in den kommenden Jahren weder in nennenswertem Umfang zu- noch abnehmen, während die Veränderung der Gesamtbevölkerung in starkem Maße von der Zu- bzw. Abwanderung von Ausländern abhängt. Da angesichts der konjunkturellen Entwicklung das Anwerbeverbot für ausländische Arbeitskräfte nicht aufgehoben und zudem die Genehmigungspraxis für die Verlängerung von Arbeitserlaubnissen verschärft wurde, kann für 1975 mit einer weiteren Verminderung des Ausländerbestandes und der Gesamtbevölkerung gerechnet werden. Im Bildungssektor wird die Überfüllung der Universitäten, die mit Zugangsbeschränkungen für eine Vielzahl von Studienfächern verbunden ist, wegen der starken Besetzung der Abiturientenjahrgänge weiter anhalten. Auch die Tatsache,

³⁾ Unter Zugrundelegung des bei Bund und Finanzplanungsrat üblichen Berechnungsmodus.

daß die Studierwilligkeit der Abiturienten tendenziell leicht sinkt, dürfte an der Situation wenig ändern, zumal die für 1975 geplante Einführung einer Zulassungsbeschränkung in den Pädagogischen Hochschulen möglicherweise zusätzliche Studienbewerber an die anderen Hochschulen des Landes lenken wird. Im Bereich des beruflichen Schulwesens kann erwartet werden, daß sich aufgrund der Knappheit an angebotenen Lehrstellen der Trend zum Besuch der Berufsfachschulen, die als Vollzeitschulen eine Alternative zum unmittelbaren Eintritt ins Berufsleben darstellen, weiter anhalten und vielleicht sogar noch verstärken wird. Demgegenüber kann davon ausgegangen werden, daß in den Grundschulen die Schülerzahl aufgrund des Nachrückens geburtenschwächerer Jahrgänge zurückgehen und damit in der durchschnittlichen Klassenfrequenz und in der Schüler-Lehrer-Relation leichte Verbesserungen eintreten werden, wobei selbstverständlich regional nach wie vor stärkere Abweichungen möglich sind.

Eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung rechtfertigt die Feststellung, daß die konjunkturelle Abkühlung, die von anhaltenden strukturellen Anpassungsprozessen insbesondere im Fahrzeugbau und in der Bauwirtschaft verschärft wird, weit bis in das Jahr 1975 hinein bestimmend sein dürfte. Zu den Schwächetendenzen der inländischen Nachfrage, die

⁴ Das von der Bundesregierung am 12. Dezember beschlossene Konjunkturprogramm sieht befristet auf sieben Monate die Förderung privater Investitionen durch eine Investitionszulage von 7,5% vor. Daneben soll die Konjunktur durch zusätzliche Investitionen des Bundes in Höhe von 1,73 Mrd. DM gestützt und unter gewissen Voraussetzungen Zuschüsse für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen gezahlt werden.

nicht zuletzt auf die zögernde Investitionsentwicklung zurückgehen, scheint in jüngster Zeit ein Abflachen der bislang konjunkturstützenden Auslandsnachfrage hinzuzukommen. Vor allem aber deuten die vorliegenden Daten wie auch die mangelnde Kapazitätsauslastung der Unternehmen nicht auf eine kurzfristige Erhöhung der Investitionsneigung hin. Die Grundbedingung für einen neuen Aufschwung ist somit noch nicht gegeben. Zumindest für die kommenden Monate kann mit einer nachhaltigen Belebung der Geschäftstätigkeit nicht gerechnet werden. Für die weitere Entwicklung dürfte jedoch bestimmend sein, welche Impulse von den ausstehenden Tarifverhandlungen ausgehen und inwieweit die von der Bundesregierung beschlossenen konjunkturfördernden Maßnahmen⁴ zu einer Erhöhung der privaten Investitionstätigkeit führen.

Soweit von den vorliegenden Indikatoren auf die weitere Entwicklung geschlossen werden kann, ist für 1975 nur mit einem verhältnismäßig geringen Wirtschaftswachstum zu rechnen, (maßgebliche wirtschaftspolitische Instanzen rechnen mit einer Zuwachsrate von etwa 2 bis 3%). Was die Preisentwicklung betrifft, so zeigten sich am Jahresende gewisse Anzeichen einer Beruhigung. Es wäre jedoch verfrüht, daraus auf eine Tendenzwende zu schließen. Zwar wären von der Binnennachfrage her gesehen die Voraussetzungen dazu günstig, doch lassen sich die Ergebnisse der ausstehenden Tarifverhandlungen und die außenwirtschaftlichen Einflüsse derzeit noch nicht abschätzen.

Dr. Gerhard Kah

Kommunale Finanzplanung 1973 bis 1977

Mit einem Anteil von mehr als 30% am Gesamthaushalt von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden (1974: insgesamt rd. 316 Mrd. DM) spielen die Gemeindefinanzen im Rahmen der öffentlichen Finanzwirtschaft und somit auch gesamtwirtschaftlich eine wesentliche Rolle. Besonders deutlich wird das Gewicht der kommunalen Ebene, wenn man die konjunkturpolitisch relevanten Investitionsausgaben ins Auge faßt, von denen nahezu zwei Drittel auf die Gemeinden (Gv.) entfallen.

Die vom kommunalen Sektor ausgehende Beeinflussung des Wirtschaftsablaufs macht es erforderlich, daß auch die Gemeinden (Gv.) – wie Bund und Länder – ihre Finanzen über einen mehrjährigen Zeitraum hinweg planen. Erst dadurch wird eine umfassende Wirtschafts- und Konjunkturpolitik sowie eine optimale Steuerung der Verteilung der Finanzmittel möglich.

Daneben ist die Finanzplanung aber auch aus gemeindlicher Sicht unerlässlich. Indem sie die längerfristige Leistungsfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeit einer Gemeinde aufzeigt, stellt sie sowohl für die Gemeindeorgane als auch für den Bürger eine wichtige Orientierungshilfe dar. Anders als die Fachplanung (Bau-, Verkehrs-, Versorgungsplanung usw.) gibt sie nicht nur darüber Aufschluß, was auf längere Sicht notwendig bzw. wünschenswert erscheint, sondern auch darüber, was finanziell möglich ist. Erst wenn bei der Aufstellung und Beratung des gegenwartsbezogenen Haushaltsplans auch der voraussichtliche Ausgabenbedarf und die Finanzierung für die folgenden Jahre berücksichtigt werden, ist die Voraussetzung für eine rationale und kontinuierliche Haushaltsführung gegeben. In besonderem Maße gilt dies im Hinblick auf große Investitionsvorhaben, deren Durchführung und Finanzierung über die ein- bzw. zweijährige Haushaltsperiode hinausgehen; ihre Folgekosten überschreiten in der Regel weit die

einmaligen Herstellungskosten und beeinflussen damit die Finanzlage der Gemeinden in der Zukunft nicht unerheblich.

Gemeinden seit 1. Januar 1974 zur Finanzplanung verpflichtet

Bereits 1966 hat die sogenannte Troeger-Kommission in ihrem Gutachten zur Finanzreform als Mittel einer rationalen Fiskal- und Kreditpolitik eine mittelfristige Finanzplanung vorgeschlagen. Als *Gesamtplan für die öffentliche Hand* sollte sie alle drei Ebenen der öffentlichen Verwaltung, also auch den kommunalen Bereich umfassen. Der Vorschlag hat im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 seinen Niederschlag gefunden. Die Konzeption eines Gesamtfinanzplans wurde dabei allerdings nicht verwirklicht, da nur Bund und Länder unmittelbar verpflichtet wurden, ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen (§§ 9 und 14 StWG). Den Gemeinden (Gv.) wurde lediglich zur Auflage gemacht, den Zielen des § 1 des Stabilitätsgesetzes – Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum – Rechnung zu tragen (§ 16 StWG).

Im Rahmen der Vorarbeiten für die kommunale Haushaltsreform sind die Innenminister der Länder aufgrund von Empfehlungen des Finanzplanungsrates im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden im Jahr 1970 übereingekommen, die Finanzplanung für die Gemeinden (Gv.) zunächst auf freiwilliger Basis einzuführen. Grundlage für entsprechende Ländererlasse¹ war ein gemeinsam erarbeiteter Mustererlaß.

¹ Für Baden-Württemberg war der Erlaß des Innenministeriums vom 14. 7. 1970 maßgebend.